

In eigener Sache

Bericht von der
Kommunale

Praxis & Recht

Neue Muster für die
Rechtsbehelfsbelehrung

Politik & Position

Kooperative Wege
im Naturschutz

N° 11—25

BAYERISCHE GEMEINDE



Mitgliederzeitschrift

November 2025

NÜRNBERG
KOMMUNALE

Im Fokus

Die „Südschienen-
Kommunale 2025“

Ein gemeinsamer Erfolg



**BAYERISCHER
GEMEINDETAG**



Verband kreisangehöriger Städte,
Märkte und Gemeinden
#GemeinsamfürstarkeGemeinden



- 572 Zitat des Monats
- 573 Editorial
- 574 Quintessenz
- 576 In eigener Sache

Politik & Position

- 580 Dr. Uwe Brandl & Maria Noichl MdEP
Kooperativen Weg im Naturschutz weiterführen!

580



Praxis & Recht

- 583 Sabine Meier Brocchi
Update nötig?
Neue Muster für die Rechtsbehelfsbelehrung
- 585 Wiebke Hedereich-McCall, LL.M.
Parkflächen effizient nutzen – welche Möglichkeiten haben Kommunen in Bayern?
- 592 Florian Werner, Cathérine Jansen (NOW GmbH), Dr. Guido Weißmann
Kommunen als Taktgeber beim Ausbau der Ladeinfrastruktur
- 597 Start Windkümmerer: Weitere Unterstützung für Bayerns Windenergie-Ausbau
- 600 Abfallratgeber Bayern – Überarbeitung der Webseite

597



Verband & Service

- 602 Unser Verband
Aktuelles querbeet
- 608 Europa
Brüssel Kommunal
- 616 Weiterbildung
Seminarangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen
- 621 Pflichtlektüre
Verbesserte Förderung Richtlinie Ganztagesausbau angekündigt

608



622



Zu guter Letzt

- 622 Hubert Aiwanger:
"Mit den digitalen Kkehrbuchdaten machen wir es einfacher und effizienter."
- 623 Impressum





„Der Alltag und die Basis aller Arbeit sind die Kommunen, dort wird die Lebensqualität vor Ort generiert.“

Dr. Markus Söder

*nach der Kabinettsitzung am 18.11.2025,
mit kommunalen Vertretern aus Mittelfranken*



Der Bauturbo: Chance und Herausforderung



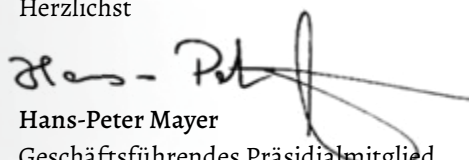
Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung zum 30.10.2025 ist nun auch der sogenannte Bauturbo in Kraft. Bei der relevanten Kernvorschrift des § 246e BauGB handelt es sich um einen umfassenden Abweichungs- und Befreiungstatbestand, mit dem zur Schaffung von Wohnraum sowohl vom Gebot des Einfügens in Bereichen nach § 34 Abs. 1 BauGB, als auch von den Festsetzungen in Bebauungsplänen (§ 30 Abs. 1 BauGB) abgewichen werden kann. Überdies wird ermöglicht bestimmte Außenbereichslagen (§ 35 BauGB) baulich zu nutzen. Die Letztentscheidungskompetenz, also die Entscheidung über das „ja“ oder „nein“ einer solchen Abweichung trifft dabei die Gemeinde, mit einem echten Vetorecht. Und eben das ist neu.

Die baurechtlichen Praktikerinnen und Praktiker unter Ihnen ahnen schnell: Das ist Chance und Herausforderung für unsere Rathäuser zugleich. Der Bauturbo ist Chance, da er die Entscheidungshoheit unserer Gemeinden stärkt. Wir haben es damit in der Hand, Wohnbebauung zuzulassen, wo bisher ein Bebauungsplan bzw. dessen Änderung notwendig war. Auf der anderen Seite wird sich von Fall zu Fall auch erheblicher Druck auf unsere Gremien aufbauen. Diesem müssen wir dann Stand halten. Denn zulassen sollen wir diese Bebauung freilich nur dann, wenn sie sinnvoll, städtebaulich zielführend und nachhaltig ist. Und was eben solche Vorhaben sein können, darüber müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten in unseren Gremien diskutieren.

Darum unsere Empfehlung: Führen Sie diese Debatten in Ihren Gremien. Drücken Sie beim Bauturbo in den ersten Wochen etwas auf die Bremse. Und treten Sie aufs Gaspedal, wenn Ihnen klar ist, was städtebaulich gute Vorhaben für Ihre Gemeinde sind. Dann kann Bauturbo in ein paar Monaten tatsächlich zum Turbo werden.

Herzlichst


Hans-Peter Mayer
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Gemeindetags





Wichtiges in Kürze

Die KOMMUNALE 2025 – ein Bericht

Die KOMMUNALE 2025 bestätigte eindrucksvoll ihre Rolle als führende Fachmesse für kommunalen Bedarf mit über 8.000 Fachbesucherinnen und Fachbesuchern und 624 Ausstellern aus zehn Ländern. Die Veranstaltung übertraf die Besucherzahlen früherer Jahre und setzte inhaltlich neue Maßstäbe. Erstmals präsentierten der Bayerische Gemeindetag und der Gemeindetag Baden-Württemberg gemeinsam ihre Perspektiven.

Einen kleinen Bericht mit vielen Bildern finden Sie auf
Seite 576

Breitbandforum am 7. Oktober 2025 in Gunzenhausen: Schlagabtausch um das Betreibermodell

Die Veranstalter hatten den Nerv getroffen: Gerade wurde beschlossen, dass 250 Millionen Euro aus dem bayerischen Kommunalanteil am Sondervermögen für die Kofinanzierung der Bundesgigabitrichtlinie eingesetzt werden. Dennoch reduziert der Freistaat seinen Förderanteil fast um die Hälfte (statt 40 Prozent nur 25 Prozent) wenn die Kommunen das tun, für das das Sondervermögen gedacht ist: Kommunale Infrastruktur errichten, was der Kern des Betreibermodells ist. Die volle Fördersumme vom Freistaat gibt es nur, wenn die Gemeinden das Wirtschaftlichkeitslückenmodell wählen, also die Steuermittel in der Regel an private Netzbetreiber weiterreichen. Diese und andere Fragen wurden in Gunzenhausen diskutiert.

Einen Tagungsbericht finden Sie auf
Seite 579

Kooperativen Weg im Naturschutz weiterführen!

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er ist gesetzlich verankert und von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern gewollt. Der Freistaat setzt dabei seit langem besonders auf den kooperativen Naturschutz: Flächenbewirtschafter achten dabei auf naturschutzgerechte Nutzung und erhalten dafür Prämien oder Entschädigungen. Zur Umsetzung dieses auf Freiwilligkeit basierenden Ansatzes haben sich die bayerischen Landschaftspflegeverbände als besonders hilfreich erwiesen. Sie arbeiten als gleichberechtigte Zusammenschlüsse von Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen und haben sich als unbürokratische, sachorientierte Brückenbauer beim Naturschutz in der Kulturlandschaft etabliert. Nicht zuletzt leisten sie damit auch einen Beitrag zur Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen. Aus diesem Grund haben sich der Bayerische Gemeindetag und der DVL zu einer gemeinsamen Resolution entschlossen.

Diese finden Sie auf
Seite 582

Update nötig? Neue Muster für die Rechtsbehelfsbelehrung

Seit 03.07.2025 gilt die Änderung der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) zum Vollzug des Art. 12 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) (BayMBL. 2025, Nr. 275). Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit in unseren Rathäusern. Unsere Kollegin Sabine Meier Brocchi hat die Änderungen samt einer Empfehlung für Sie zusammengefasst.

Mehr auf
Seite 585

Parkflächen effizient nutzen – welche Möglichkeiten haben Kommunen in Bayern

In Städten und Gemeinden stehen Wohnmobile, große Pkw und Zweitwagen oft tagelang im Straßenraum. So fehlt Platz für Fußgänger, Radfahrer, Bäume und für den Wirtschaftsverkehr. Demgegenüber stehen private Parkflächen oft leer: Tiefgaragen von Büro- und Geschäftshäusern werden nur zu bestimmten Zeiten genutzt, private Garagen sind eng, schwer zugänglich oder werden als Abstellraum zweckentfremdet. Weiter sind private Stellplätze in der Regel für feste Nutzergruppen („Chefarzt“, „Wohnung 1“) reserviert, sodass sie oft leer stehen. Was tun?

Wiebke Hedereich-McCall, Rechtsanwältin aus München, zeigt Strategien und Lösungen auf
Seite 597

Außerdem

Kommunen als Taktgeber beim Ausbau der Ladeinfrastruktur auf
Seite 594

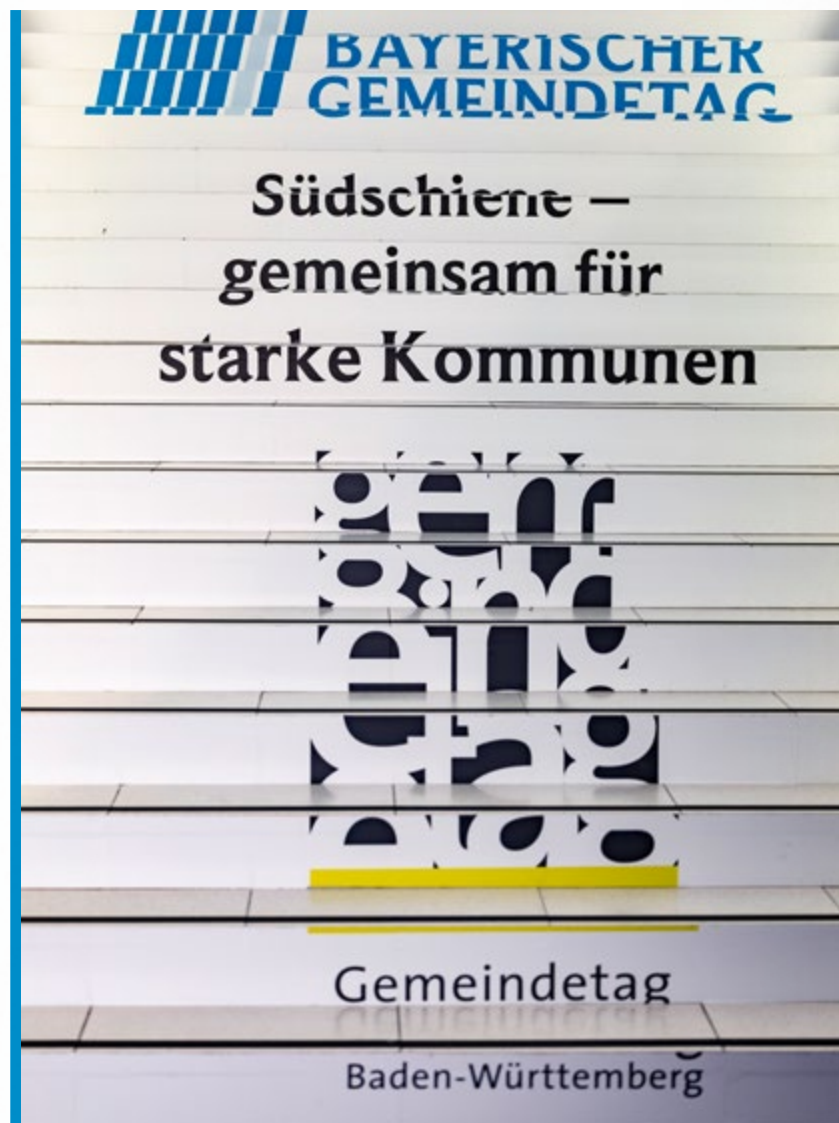
Start Windkümmerer 3: Weitere Unterstützung für Bayerns Windenergie-Ausbau auf
Seite 599

Und Neues vom Abfallratgeber Bayern auf
Seite 602

Viel Freude beim Lesen,
Schmökern und Informieren!

Ihre
Bayerische-Gemeinde-Redaktion





Kommunale Familie wächst weiter: KOMMUNALE 2025 mit Südschiene und Rekordzahlen

Die KOMMUNALE 2025 bestätigte eindrucksvoll ihre Rolle als führende Fachmesse für kommunalen Bedarf mit über 8.000 Fachbesucherinnen und Fachbesuchern und 624 Ausstellern aus zehn Ländern. Die Veranstaltung übertraf die Besucherzahlen früherer Jahre und setzte inhaltlich neue Maßstäbe. Erstmals präsentierten der Bayerische Gemeindetag und der Gemeindetag Baden-Württemberg gemeinsam ihre Perspektiven.





„Kommunen suchen nach innovativen Lösungen, um sich zukunftsfähig aufzustellen“

Nach den Rekordergebnissen von 2023 haben wir erneut bewiesen, dass unsere gemeinsame Fachmesse genau die entscheidenden Zukunftsthemen adressiert – Digitalisierung, Klimawandel und nachhaltige Infrastruktur. Die über 8.000 Fachbesucher, drei vollständig belegte Messehallen, drei Fachforen und 624 Aussteller zeigen, dass der Austausch und das Networking wichtiger denn je sind. Unsere kommunale Familie findet hier nicht nur Antworten, sondern gestaltet aktiv die kommunale Transformation.



übertraffen und Rekordzahlen verzeichnet. Mit der Zuschaltung von Bundesminister Thorsten Frei und der Eröffnung durch den stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger zeigte sie ihre herausragende politische Bedeutung. Sie bleibt der zentrale Anziehungspunkt für Entscheider aus Städten und Gemeinden.

Wie wichtig regionale Netzwerke und fachlicher Austausch für Kommunalpolitiker sind, verdeutlicht Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, in seiner Einschätzung: „Die Südschiene der KOMMUNALE hat sich als wahres Erfolgsmodell erwiesen. Wir haben in diesem Jahr die entscheidenden Themen der kommunalen Familie mit großer Präzision aufgegriffen und vor einem hochinteressierten Publikum tiefgreifend analysiert und diskutiert. Wir freuen uns sehr, Teil der diesjährigen KOMMUNALE gewesen zu sein und den Erfolg, der erzielt wurde, mitgestaltet zu haben.“

Südschiene: Kommunale Zukunft gemeinsam gestalten

Der Bayerische Gemeindetag bot mit seinem Kongress dabei einen inspirierenden Blick auf kommunale Zukunftsthemen und beleuchtete dynamisch Herausforderungen von der Kommunalwahl 2026, dem Fachkräftemangel, der Digitalisierung bis hin zu den Kommunal финанzen. **Unter dem Motto „Südschiene – gemeinsam für starke Gemeinden“ setzte der Kongress erstmals gemeinsam mit dem Gemeindetag Baden-Württemberg als Partner ein starkes Signal der überregionalen Zusammenarbeit.** Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bringt die Bedeutung der Messe auf den Punkt: „Die KOMMUNALE 2025 hat in diesem Jahr alle Erwartungen

Betreibermodelle – pro und contra



Breitbandforum am 7. Oktober 2025 in Gunzenhausen: Schlagabtausch um das Betreibermodell

Die Veranstalter hatten den Nerv getroffen: Gerade wurde beschlossen, dass 250 Millionen Euro aus dem bayerischen Kommunalanteil am Sondervermögen für die Kofinanzierung der Bundesgigabitrichtlinie eingesetzt werden. Dennoch reduziert der Freistaat seinen Förderanteil fast um die Hälfte (statt 40 Prozent nur 25 Prozent) wenn die Kommunen das tun, für das das Sondervermögen gedacht ist: Kommunale Infrastruktur errichten, was der Kern des Betreibermodells ist. Die volle Fördersumme vom Freistaat gibt es nur, wenn die Gemeinden das Wirtschaftlichkeitslückenmodell wählen, also die Steuermittel in der Regel an private Netzbetreiber weiterreichen.



Vor diesem Hintergrund diskutierten über den Sinn und die Grenzen kommunaler Betreibermodelle beim Glasfaserausbau Klaus Spreng (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat), Siegbert Reuther (Reuther NetConsulting), Stefan Graf (Bayerischer Gemeindetag) und Bürgermeister Matthias Krapp (Priesendorf). Moderiert wurde die Runde von Constanze von Hassel (Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung).

Bayern steht beim Gigabitausbau vergleichsweise gut da: Laut aktuellem Gigabit-Bericht sind rund 73 Prozent der Haushalte gigabitfähig; laufende Projekte könnten den Wert auf etwa 82 Prozent heben. Gleichwohl wächst der Datenbedarf stetig, während die allgemeine Ausbaudynamik zuletzt nachgelassen hat. Vor diesem Hintergrund rückte die Frage in den Fokus, ob und wann das Betreibermodell – neben dem etablierten Wirtschaftlichkeitslückenmodell – eine geeignete Option für Kommunen ist.

Was ist das Betreibermodell?

Stefan Graf ordnete ein: Beim Betreibermodell baut die Kommune (bzw. eine kommunale Gesellschaft) die passive Infrastruktur und verpachtet sie über einen längeren Zeitraum an einen Betreiber. Alternative ist das Wirtschaftlichkeitslückenmodell, bei dem ein Telekommunikationsunternehmen eigenständig baut und für die „Lücke“ eine Förderung erhält. In Bayern ist das Betreibermodell selten; jüngst wurde seine Förderung pauschal um 15 Prozentpunkte gegenüber der Wirtschaftlichkeitslücke abgesenkt.

Erfahrungen aus der Praxis

Bürgermeister Matthias Krapp berichtete, dass sich Priesendorf bewusst für ein Betreibermodell entschieden habe, weil man Glasfaser als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge begreife – vergleichbar mit Wasser und Abwasser. Vorteile sieht er in der Steuerungshoheit, der Qualitätssicherung während der Bauphase und in der Möglichkeit, Synergien bei Tiefbauprojekten zu nutzen. Pächter seien aus seiner Sicht gut zu finden. Kritisch merkte er an, dass die Nutzung solcher Synergien (z. B. Mitverlegung bei Wasserleitungsbau) faktisch erschwert werde, wenn Leerrohrverlegungen vor dem Förderbescheid stehen und dadurch nicht anrechenbar sind.

Förderlogik und Risikobild

Klaus Spreng stellte die Sicht des Freistaats dar: Förderstartpunkt sei rechtlich der Bewilligungsbescheid – Vorleistungen seien grundsätzlich nicht förderfähig. Im Wirtschaftlichkeitslückenmodell könnten Kommunen vorhandene Leerrohre anbieten; ob ein Betreiber sie nutzt, liege in dessen Entscheidung. Aus Sicht des Ministeriums sind Betreibermodelle im Durchschnitt teurer; die pauschale Absenkung der Förderquote sei Folge dieser Auswertung und diene der sparsamen Mittelverwendung. Zudem trügen Kommunen beim Betreibermodell zusätzliche operative und rechtliche Risiken (u. a. Projekt-, Bau- und Haftungsrisiken, Know-how-Bedarf). Spreng verwies auf Fälle, in denen Kommunen überfordert gewesen seien.

Graf plädierte für eine Einzelfallbetrachtung statt pauschaler Kürzungen: Ein genereller Abschlag sei nicht sachgerecht. Nur wenn die Kosten des jeweiligen Betreibermodells Benchmarks überschreiten, seien Förderkürzungen gerechtfertigt. Derzeit stelle man Betreibermodelle unter „Generalverdacht“. Im Übrigen: Aufgaben wie Spartenaukünfte oder Mitverlegung seien kommunale Routine; die eigentliche



Hürde kleiner Verwaltungen liege in den Kapazitäten. Hier könnten Beratung und landesseitige Unterstützungsstrukturen helfen.

Siegbert Reuther skizzierte die Entwicklung: Aus kommunalen Mitverlegungen sei vielerorts Schritt für Schritt Kompetenz gewachsen; Betreibermodelle funktionierten in der Praxis, Betreiber würden gefunden, Open-Access-Konzepte erhöhten die Auslastung. Zentrale Argumente pro Betreibermodell seien Versorgungssicherheit, Nachverdichtung bis in abgelegene Straßenzüge und langfristige kommunale Gestaltungshoheit.

In der Diskussion mit dem Publikum wurden zwei Themen deutlich: Erstens wünschen sich Kommunen, dass bereits verlegte Leerrohre bei der Förderung berücksichtigt werden. Dass dies in der Wirtschaftlichkeitslücke möglich sei, betrachte man als Ungleichbehandlung. Zweitens kritisierten mehrere Vertreter die Vergabepaxis in der Bundesförderung (Scoring).

Eine allgemeingültige Antwort gab es nicht. Das Wirtschaftlichkeitslückenmodell punktet mit geringeren durchschnittlichen Fördermitteln und reduziertem kommunalem Risiko. Betreibermodelle bieten Steuerungshoheit und können Open-Access-Strategien stützen – erfordern aber Kapazität, professionelles Projektmanagement und eine realistische Kosten-/Zeitplanung. Einigkeit bestand darin, dass Verfahren beschleunigt, Synergien konsequent genutzt und interkommunale Ansätze gestärkt werden sollten. Förderung bleibt dort nötig, wo der Markt nicht trägt. Welche Option die „bessere“ ist, hängt letztlich von den örtlichen Voraussetzungen, der Verwaltungskraft und den verfügbaren Partnern vor Ort ab.

Text — Constanze von Hassel und Stefan Graf



Kooperativen Weg im Naturschutz weiterführen!

Kommunen und Landschaftspflegeverbände warnen vor Konsequenzen ausbleibender Landschaftspflege und fordern ausreichende Mittelausstattung von Naturschutz und Landschaftspflege im Doppelhaushalt 2026/27

Bildnachweis: © High-Flies, elements.envato.com

Präambel

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er ist gesetzlich verankert und von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern gewollt. Der Freistaat setzt dabei seit langem besonders auf den kooperativen Naturschutz: Flächenbewirtschafter achten dabei auf naturschutzgerechte Nutzung und erhalten dafür Prämien oder Entschädigungen. Zur Umsetzung dieses auf Freiwilligkeit basierenden Ansatzes haben sich die bayerischen Landschaftspflegeverbände als besonders hilfreich erwiesen. Sie arbeiten als gleichberechtigte Zusammenschlüsse von Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen und haben sich als unbürokratische, sachorientierte Brückenbauer beim Naturschutz in der Kulturlandschaft etabliert. Nicht zuletzt leisten sie damit auch einen Beitrag zur Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen.

Kommunen und Landschaftspflegeverbände: ein starkes Bündnis seit 1985

Etwa 75% der von bayerischen Landschaftspflegeverbänden betreuten Flächen sind in Eigentum von Gemeinden oder Landkreisen. Bereits bei der Gründung der ersten Landschaftspflegeverbände Mitte der 1980er Jahre waren die Dienstleistungen, die die Verbände für die Kommunen bei der Beratung, Planung und Organisation von Landschaftspflegemaßnahmen bieten, von entscheidender Bedeutung. Aktuell profitieren 88% der Gemeinden (1.836 von 2031), 87% der Landkreise (62 von 71) und 72% der kreisfreien Städte (18 von 25) als Mitglieder von dem Angebot der Landschaftspflegeverbände, wenn es um die ökologische Pflege und Gestaltung ihrer Flächen geht. Die Mitgliedsbeiträge der Kommunen sind neben der staatlichen Förderung die wichtigste finanzielle Unterstützung für die Verbände.

Konsequenzen fehlender Landschaftspflege

Der unvermittelte Bewilligungsstopp von Fördermaßnahmen im Dezember 2024 und die limitierten Bewilligungen im Juni 2025 führen dazu, dass die Pflege von kommunalen Flächen, wie das Mähen von artenreichen Wiesen, die Pflanzung und Pflege von Obstbäumen, die Anlage und der Rückschnitt von Hecken oder die Nachpflege von beweideten Flächen

ausgesetzt werden müssen. Kommunen und Landschaftspflegeverbände weisen die Staatsregierung auf die Konsequenzen der fehlenden Pflege hin:

- Die Wirkung jahrelang durchgeführter Pflege und damit verbundener Fördermittel ist in Gefahr, der Lebensraum von Pflanzen- und Tierarten kann verloren gehen – es entsteht ein Pflegerückstand, der zukünftig wieder ausgeglichen werden muss, um den guten ökologischen Zustand der Flächen wieder herzustellen.
- Die Veränderung der Biotopflächen wird sich negativ auf das Landschaftsbild auswirken. Mittelfristig sind z. B. in den bayerischen Mittelgebirgen oder im Voralpengebiet negative Auswirkungen auf Naherholung und Tourismus zu erwarten.
- Landwirte, Baumpfleger und Baumschulen verlieren kalkulierte Einnahmen – angeschaffte Spezialmaschinen (z. B. Spezial-Balkenmäher, Mähraupen) können nicht wie geplant refinanziert werden.
- Das gefährdet das Vertrauen bei den Landwirten und ist ein negatives Zeichen an die Gesellschaft, welchen Rang die Belange des Naturschutzes beim Staat haben.
- Die über Jahre ausgebaute, bewährte Struktur der Landschaftspflegeverbände ist gefährdet; qualifiziertes Fachpersonal muss ausgestellt werden.

Der Arten-, Biotop- und Erosionsschutz wird durch Klimaveränderung und die damit verbundenen Wetterextreme für Kommunen und Landwirtschaft an Bedeutung gewinnen müssen. Ausgaben in Naturschutz und Landschaftspflege sind daher Zukunftsinvestitionen. Der von der Staatsregierung eingeschlagene Weg erfordert keinen Stillstand, sondern einen kontinuierlichen Ausbau der Mittel. Was wir heute beim Klima- und Artenschutz





unterlassen, wird künftige Generationen ein Vielfaches an Reparaturleistungen aufbürden.

Bayerns Ziele und Vorgaben im Naturschutz auch bei knappen Mitteln einhalten

In Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort sollen z. B. folgende, von der Staatsregierung selbst gesteckten Ziele erreicht werden:

- Umsetzung des Streuobstpakts (Ziel: Pflanzung von 1.000.000 Obstbäume¹)
- Umsetzung eines landesweiten Biotopverbunds (Ziel: mind. 15% der Offenlandfläche bis 2030²)
- Umsetzung des staatlichen Klimaschutzgesetzes (Ziel: Wiedervernässung von 55.000 Hektar Moorfläche³)
- Umsetzung europäischer Pflichtaufgaben wie NATURA 2000 (siehe EuGH-Urteil⁴) und Wasser-rahmenrichtlinie (WRRL)
- Pflege von ausgewiesenen Naturschutzgebieten und Projektflächen (z. B. BayernNetzNatur- Projekte)

Kommunen und Landschaftspflegeverbände müssen handlungsfähig bleiben!

Unter der aktuellen Finanzsituation sind notwendige Einsparungen im Haushalt nachvollziehbar und in angemessenem Umfang auch zu tragen. Die hier unterzeichnenden Organisationen sehen jedoch keine Alternative zur **Weiterführung des kooperativen Naturschutzes auf freiwilliger Basis**. Staatliche Pflichtaufgaben sollen gegenüber Nutzern und Flächeneigentümern nur bedingt auf hoheitlichem Wege durchgesetzt werden müssen. Die Freiwilligkeit fördert Akzeptanz und Engagement bei Landnutzern und Flächeneigentümern.

Eine verlässliche Finanzausstattung der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie ist dafür die entscheidende Grundbedingung. Moorwiedervernässung, Biotopverbund oder Streuobstpflanzungen benötigen viel Vorbereitung und langen Atem. **Die dafür entstehenden Kosten dürfen nicht noch mehr auf die ohnehin sehr stark belasteten Kommunen abgewälzt werden.**

Die unterzeichnenden Verbände appellieren daher an die Staatsregierung:

- Dauerhafte Sicherstellung einer angemessenen Verwaltungskostenfinanzierung für die Landschaftspflegeverbände (Neugründungen – ca. 200 Gemeinden, 9 Landkreise und 7 Städte sind ohne LPVs - müssen möglich sein)
- Dauerhafte Sicherstellung der bislang an die Landschaftspflegeverbände ausgereichten jährlichen Projektmittel und Gewährleistung zeitnaher Auszahlungen (keine Vorfinanzierung mehr durch die Kommunen). Damit die ca. 32 Mio. € für 2025 an die Landschaftspflegeverbände ausgereichten Mittel weiter zur Verfügung stehen, darf der Gesamtopf der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie 60 Mio. € pro Jahr nicht unterschreiten.
- Kursbestimmung, welche Rolle die Landschaftspflegeverbände bei der Umsetzung der oben genannten Ziele spielen sollen. Soweit sich die Landschaftspflegeverbände hierfür stärker engagieren sollen, ist dies nur über eine dauerhafte Aufstockung der dafür erforderliche Projektmittel möglich.

München, den 29.9.2025

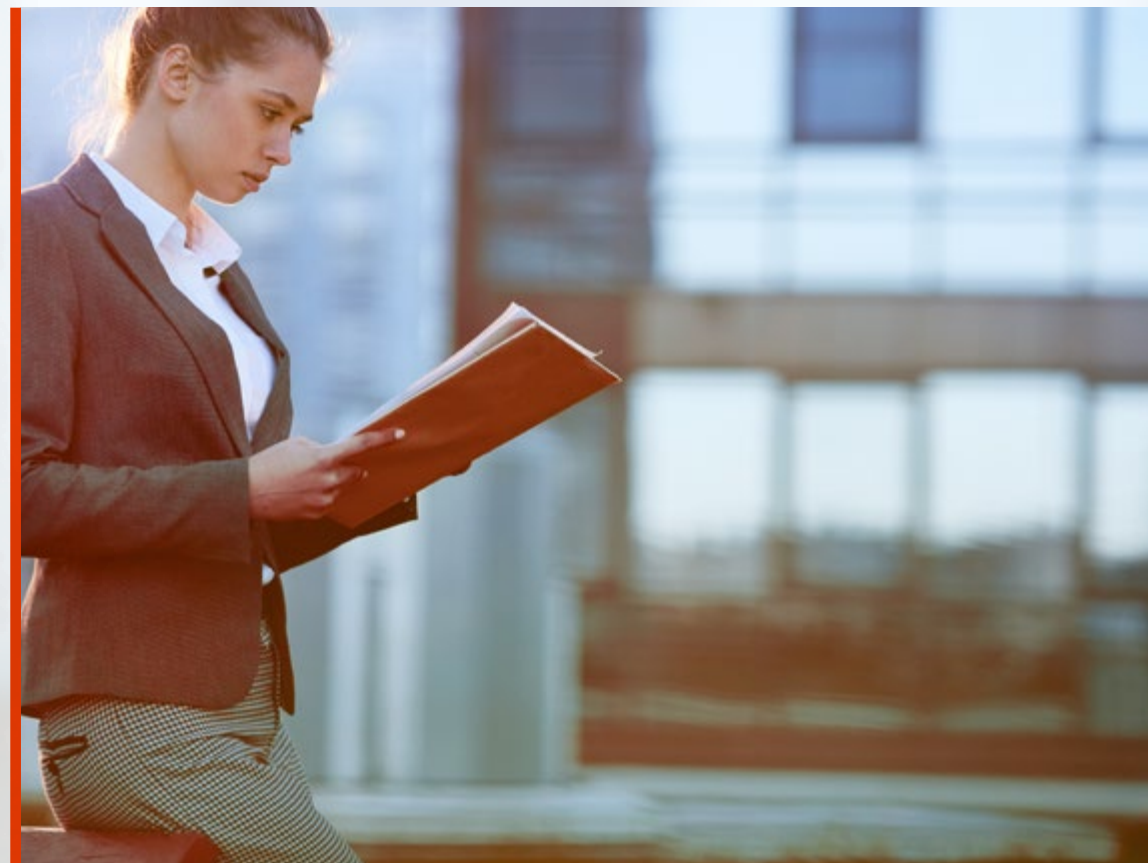
Dr. Uwe Brandl, Präsident Bayerischer Gemeindetag
Maria Noichl MdEP, DVL-Vorsitzende

¹ Bayerischer Streuobstpakt 2021

² Bayerisches Naturschutzgesetz 2019

³ Klimaland Bayern – Regierungserklärung Ministerpräsident Dr. Söder am 21. Juli 2021 im Bayerischen Landtag

⁴ Rechtssache C-47/23: EuGH-Urteil gegen Deutschland vom 14.11.2024 bezüglich mangelnder Umsetzung bei mageren Flachlandmähwiesen und Bergwiesen



Update nötig? Neue Muster für die Rechtsbehelfsbelehrung

Sabine Meier Brocchi, Bay. Gemeindetag

Seit 03.07.2025 gilt die Änderung der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) zum Vollzug des Art. 12 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) (BayMBL. 2025, Nr. 275).



Art. 12 AGVwGO regelt u. a., dass im Kommunalabgabenrecht und im Bereich des Schulrechts wahlweise ein Widerspruchsverfahren durchgeführt werden kann.

Wesentliche Neuerung der Vollzugshinweise ist die **Möglichkeit**, einen **Hinweis zur Form der Einlegung des Widerspruchs** anzugeben. Das ist aber **keine** gesetzliche Mindestangabe, die § 58 Abs. 1 VwGO vorschreibt. Zwingend ist zu belehren über:

- den Rechtsbehelf,
- die Verwaltungsbehörde oder das Gericht, bei denen der Rechtsbehelf anzubringen ist,
- den Sitz und
- die einzuhaltende Frist.

Im Wortlaut gibt die geänderte Bekanntmachung zur Form des Widerspruchs (Nr. 2.9) nun folgende Hinweise (**Änderungen gefettet**):

¹Nach § 70 Abs. 1 Satz 1 VwGO ist der Widerspruch schriftlich, zur Niederschrift, in einer elektronischen Form im Sinne von § 3a Abs. 2 **des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) oder schriftformersetzend nach § 3a Abs. 3 VwVfG und § 9a Abs. 5 des Onlinezugangsgesetzes (OZG)** einzulegen. 2Die Einlegung des Widerspruchs mittels einfacher E-Mail genügt diesen Anforderungen nicht. 3**Welche elektronischen Möglichkeiten im Einzelfall für die Widerspruchseinlegung bestehen, ist davon abhängig, welche konkreten Zugangsmöglichkeiten die jeweilige Behörde eröffnet hat.** 4**Auf die Verpflichtung von Behörden, eine Zugangsmöglichkeit für die Übermittlung elektronischer Dokumente zu eröffnen, wird hingewiesen (vergleiche hierzu § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 1 des E-Government-Gesetzes – EGovG; Art. 1 und 16 des Bayerischen Digitalgesetzes – BayDiG).** 5Werden in die Rechtsbehelfsbelehrung oder in die zugehörigen Hinweise – über die gesetzlichen Mindestangaben nach § 58 Abs. 1 VwGO (Rechtsbehelf, Verwaltungsbehörde oder Gericht, Sitz und Frist) hinaus – auch Erläuterungen zur **Form des Widerspruchs mit aufgenommen, sind alle**

hierfür von der Behörde tatsächlich eröffneten Zugangswege zu benennen. 6Andernfalls wäre die Rechtsbehelfsbelehrung insoweit unrichtig. 7Für die Rechtzeitigkeit der Einlegung des Widerspruchs würde dann die Jahresfrist des § 58 Abs. 2 Satz 1 VwGO gelten. 8Es obliegt der jeweiligen Behörde, in eigener Verantwortung ihre Rechtsbehelfsbelehrungen zutreffend abzufassen und gegebenenfalls zu aktualisieren. 9Wegen der Fehleranfälligkeit empfehlen wir jedoch, im Zweifel gänzlich auf Hinweise zur Form des Widerspruchs zu verzichten.

Zur Vermeidung von Fehlern – die Rechtsbehelfsbelehrung ist sonst unrichtig –, sollte nach unserer Auffassung nur der Mindestinhalt (= ohne den Hinweis zur Form der Einlegung des Widerspruchs) wiedergegeben werden. Das sagt übrigens auch die Bekanntmachung selbst (vgl. Nr. 2.9 Satz 9)!

Fazit

Es empfiehlt sich also, keinen Hinweis zur Form der Einlegung des Widerspruchs aufzunehmen – und die Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung im Übrigen wie in den Mustern im BayMBL. zu übernehmen.

Weitere Informationen erwünscht?

- ① Bayerischer Gemeindetag
- 👤 Sabine Meier Brocchi
- ☎ Tel. 089 360009-37
- ✉ sabine.meier@bay-gemeindetag.de

Text — Sabine Meier Brocchi

¹ Die konsolidierte Fassung der Bekanntmachung des StMI (mit den Änderungen vom 03.07.2025) ist in BayernRecht unter https://beckportal.bybn.de/Bcid/Y-100-G-BAYVV_34_I_12346 abrufbar.



Parkflächen effizient nutzen – welche Möglichkeiten haben Kommunen in Bayern? Wiebke Hedereich-McCall, LL.M. (Otago), Zirngibl Rechtsanwälte Partnerschaft mbH

In Städten und Gemeinden stehen Wohnmobile, große Pkw und Zweitwagen oft tagelang im Straßenraum. So fehlt Platz für Fußgänger, Radfahrer, Bäume und für den Wirtschaftsverkehr.

Demgegenüber stehen private Parkflächen oft leer: Tiefgaragen von Büro- und Geschäftshäusern werden nur zu bestimmten Zeiten genutzt, private Garagen sind eng, schwer zugänglich oder werden als Abstellraum zweckentfremdet. Weiter sind private Stellplätze in der Regel für feste Nutzergruppen („Chefarzt“, „Wohnung 1“) reserviert, sodass sie oft leer stehen.



Dabei gäbe es rechtliche und technische Möglichkeiten, private Stellflächen effizienter zu nutzen. Private Parkflächen können heute bspw. technisch einfach und sicher für weitere Nutzergruppen geöffnet werden („Mehrfachnutzung“). Einzelne Erhebungen legen nahe, dass über die sog. Mehrfachnutzung der Großteil der im Straßenraum parkenden Pkw auf private Flächen verlagert werden könnte.¹

Hierfür fehlen aber vor allem wirtschaftliche Anreize: In der Regel ist das Parken auf der Straße deutlich günstiger als auf privaten Flächen. Für Bewohnerparkausweise gilt bspw. in Bayern formal eine Obergrenze von 30,70 €/Monat. Ein privater Stellplatz kostet dagegen ein Vielfaches. Solange dieser Unterschied besteht, wird der öffentliche Raum bevorzugt genutzt.

Es gibt aber für Kommunen eine Reihe von Möglichkeiten, die Anreize zu verbessern. Dieser Beitrag stellt die Instrumente dar, die bayerischen Kommunen derzeit zur Verfügung stehen.

Bewohnerparken effizient gestalten

Über das Bewohnerparken können Anwohner ohne eigenen Stellplatz einen Ausweis erhalten, der dazu berechtigt ohne Parkschein oder Zeitbegrenzung im öffentlichen Raum zu parken. Kommunen haben seit der Verkehrsrechtsreform 2024 mehr Spielraum, um das Bewohnerparken zu gestalten: Bewohnerparklizenzengebiete dürfen nicht nur bei akutem Parkdruck ausgewiesen werden, sondern schon dann, wenn absehbar ist, dass Engpässe entstehen.²

Der Rahmen für die Gebühren für die Bewohnerparkausweise ist seit 1993 bundesrechtlich auf maximal 60 DM (30,70 €) pro Jahr begrenzt.³ Seit 2020 dürfen die Landesregierungen ihren Kommunen oder Straßenverkehrsbehörden Abweichungen von der Obergrenze erlauben. Die meisten Bundesländer erlauben ihren Kommunen heute, die Gebühren selbst festzulegen.

In Bayern gilt die Obergrenze zwar formal weiter. Allerdings dürfte die Obergrenze heute kaum einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.⁴ Die Bewohnerparkgebühren sind eine typische Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft, da sie ausschließlich Anwohner betreffen. Daher sollten diese vor Ort geregelt werden. Sowohl der Bundesgesetzgeber als auch die meisten Landesgesetzgeber haben dies so oder ähnlich in den Gesetzesbegründungen formuliert. Das Bewohnerparken (damals: Anwohnerparken) wurde zudem Ende der 1970er Jahre eingeführt, um Innenstädte für die Wohnbevölkerung attraktiv zu halten. Den Anwohnern sollte über die privilegierte Parkberechtigung die Teilnahme am motorisierten Leben ermöglicht werden. Heute widerspricht die günstige Gebühr dagegen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.⁵

In vielen Kommunen werden zudem so viele Ausweise erteilt, dass der öffentliche Raum überlastet ist. Dies führt zu Parksuchverkehr, Lärm, Abgasen und illegalem Parken. Nach ständiger Rechtsprechung dürfen die Kommunen

¹ So bspw. eine Studie zum Kölner Agnes-Viertel, <https://www.bundesbaublatt.de/news/die-grosse-parkplatz-zaehlung-neue-studie-deckt-enormes-potenzial-fuer-mehrfachnutzung-auf-4272265.html>
² Nach der VwV-StVO zu § 45 StVO muss der drohende Parkraumangel zudem nur noch im öffentlichen Raum nachgewiesen werden.
³ Vgl. Anlage 1 Ziff. 265 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt).
⁴ Vgl. hierzu auch Hederich-McCall, ZUR 2025, 460.
⁵ Die GebOSt ist keine gesetzliche Regelung, sodass das Verwerfungsmonopol des BVerfG hier nicht gilt.

die Zahl der Ausweise nach nachvollziehbaren Kriterien reduzieren.

Folgende Kriterien wären bspw. möglich:

- Pro Wohnung wird höchstens ein Ausweis erteilt.
- Wer einen privaten Stellplatz hat, erhält keinen Ausweis.
- Große Fahrzeuge (wie Wohnmobile oder SUVs) werden ausgeschlossen.

Für Fahrzeuge, die keinen Ausweis (mehr) erhalten, können Kommunen (ggf. übergangsweise) Ausnahme genehmigungen erteilen.⁶ Vorteil: der Gebührenrahmen für Ausnahmen beträgt bis zu 767 €/Jahr. So können bspw. für Wohnmobile oder Anwohner, die ihren Duplex-Stellplatz nicht nutzen (können), höhere Gebühren erhoben werden.

Eine sorgfältige Kontrolle ist für den Erfolg entscheidend. Im Antragsformular sollte darauf hingewiesen werden, dass falsche Angaben strafbar sind (§ 271 StGB).⁷ Falschangaben sollten konsequent geahndet werden. Kommunen können falsche Angaben mit relativ geringem Verwaltungsaufwand prüfen, indem sie bspw. (stichprobenartig) Bestätigungen durch die Hausverwaltungen verlangen, dass keine privaten Stellplätze vorhanden sind. Auch die Bauverwaltung kann oft schon anhand des Baujahrs der Wohnimmobilie beurteilen, wo private Stellplätze vorhanden sein müssten.⁸

Parkraumbewirtschaftung mit dem sog. Landauer Modell

Die Stadt Landau in der Pfalz hat ein Modell eingeführt, das allen Nutzern – nicht nur Bewohnern – offensteht. Parkplätze im Zentrum sind werktags gebührenpflichtig. Es können Dauerparkausweise gekauft werden, die jeweils für ein bestimmtes Quartier gelten und kennzeichengebunden sind.⁹

⁶ Die Ausnahmen beruhen auf § 46 StVO, die Obergrenzen richtet sich nach Anlage 1 Ziff. 264 GebOSt.
⁷ Vgl. hierzu das Antragsformular der Stadt Gelsenkirchen: „Mir ist bekannt, dass falsche oder unrichtige Angaben nach § 271 StGB (Strafgesetzbuch) strafrechtlich verfolgt werden können.“
⁸ Zumindest seit 1970 wurden Wohngebäude in der Regel mit mind. 1 Stellplatz/Wohnung errichtet.
⁹ Sie hierzu www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/parkraummanagement-das-landauer-modell.
¹⁰ Die stundenweisen Obergrenzen nach § 10 Zuständigkeitsverordnung Bayern dürften für Wochen- und Monatstarife praktisch nicht relevant sein.
¹¹ Kritisch wird mitunter eingewandt, dass § 6a Abs. 6 StVG ursprünglich auf kurzfristige Parkvorgänge zielte. Die Ausweitung auch auf längere Zeiträume dürfte aber rechtlich zulässig sein.

Besonders für kleine Kommunen bringt dieses Modell Vorteile:

- **Einfache Umsetzung:** Es reicht die Anordnung nach § 6a Abs. 6 StVG, ohne dass ein konkreter Parkraumangel nachgewiesen werden muss.
- **Angemessene Gebühren:** Die Preise können an die Verhältnisse vor Ort angepasst werden.¹⁰
- **Gleichbehandlung:** Bewohner, Pendler und Gewerbe zahlen die gleichen Gebühren für die Ausweise.
- **Weniger Verwaltung:** Die Ausweise können unkompliziert verkauft werden, etwa am Automaten oder per App, ohne Einzelfallprüfung.

Mit dem Landauer Modell steht Kommunen in allen Bundesländern ein flexibles Instrument zur Verfügung, das die Verwaltung entlastet und zugleich höhere Einnahmen ermöglicht.¹¹

Das Modell „Altstadt München“

Eine andere Möglichkeit besteht darin, Ausnahme genehmigungen nach § 46 StVO zu erteilen. Dieses Modell wird bspw. in der Altstadt München angewandt.

Bewohner beantragen hier keine klassischen Parkausweise, sondern kostenpflichtige Ausnahme genehmigungen für bestimmte Zonen.

- **Rechtliche Basis:** Die Anordnung erfolgt ebenfalls unter den einfachen Voraussetzungen des § 6a Abs. 6 StVG.
- **Gebührenrahmen:** Zwischen 10,20 € und 767 € jährlich (in München bspw. 102 €).
- **Ermessensentscheidung:** Ausnahmen werden nach pflichtgemäßem Ermessen erteilt, was den Kommunen Flexibilität gibt und die gerichtliche Überprüfbarkeit einschränkt.





Im Unterschied zum Bewohnerparken darf der Zweck dieses Modells nicht die pauschale Privilegierung aller Bewohner sein: Ausnahmen müssen im Grundsatz Ausnahmen bleiben. Das Modell eignet sich daher vor allem in Gebieten, in denen nur ein kleiner Anteil der Bevölkerung dauerhaft im Straßenraum parken soll.

Straßenrechtliche Einziehung (Modell Gartenstadt Drewitz)

Kommunen dürfen auch Flächen im öffentlichen Straßenraum einziehen oder den Gemeingebrauch einschränken, wenn sie den Parkraum neu ordnen wollen. Sie können Parkflächen entwidmen und diese Flächen anschließend privatrechtlich bewirtschaften, zum Beispiel über eine städtische Gesellschaft. Die Stadt Potsdam hat bspw. vor einigen Jahren mit Allgemeinverfügung alle Parkflächen in der „Gartenstadt Drewitz“ entwidmet und über die „Pro Potsdam GmbH“ für 25 €/Monat an Anwohner vermietet.

Das VG Potsdam und das OVG Berlin-Brandenburg haben dieses Modell bestätigt: Für Anwohner besteht kein Anspruch auf die Aufrechterhaltung des Gemeingebrauchs.¹² Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer Planungshoheit, ob und in welchem Umfang sie Flächen dem Gemeingebrauch entziehen.

Die privatrechtliche Bewirtschaftung ermöglicht der Kommune, Parkplätze zu Marktpreisen zu vermieten und technische Lösungen wie Schranken oder Kennzeichenerfassung einzusetzen. Die Kommune kann Vertragsbedingungen und Vertragsstrafen vereinbaren, die über den üblichen Verwarnungsgeldern liegen.

Dieses Vorgehen ist für selbstständige Parkflächen wie bspw. vor kommunalen Schwimmbädern oder auf Wanderparkplätzen bereits weit verbreitet und rechtssicher. Kommunen sollten aber prüfen, welche weiteren Parkflächen möglicherweise privat bewirtschaftet werden können.

¹² Vgl. Art. 13 BayStrWG.

Von der „Zwangsvermietung“ zur effizienten Nutzung privater Parkflächen

Oft stehen private Stellplätze leer, weil sie unabhängig vom Bedarf an die Mieter der Hauptnutzung vermietet werden. Selbst Mieter kommunaler Wohnungsgesellschaften oder sozial geförderter Wohnungen müssen oft einen Stellplatz anmieten, auch wenn sie keinen Pkw besitzen. Diese sog. „Zwangsvermietung“ von Stellplätzen ist praktisch eine Mieterhöhung. Da arme Haushalte häufiger keinen eigenen Pkw besitzen, werden diese besonders belastet. Die Stellplätze können oft nicht untervermietet werden, da das Parken im öffentlichen Raum günstiger ist.

Kaufhäuser und Bürogebäude verfügen häufig über große Parkflächen, die auch tagsüber zunehmend leer stehen, da Kunden und Mitarbeiter häufiger zu Fuß gehen und mit dem Rad fahren.

Kommunen können die effizientere Nutzung privater Stellplätze fördern:

- **Anreize:** Die Kommune muss Anreize dafür schaffen, dass private Stellplätze vermietet werden können. So entlastet sie Bürger und Unternehmen, die weniger Stellplätze in Anspruch nehmen.
- **Information und Rechtssicherheit:** Die Kommune muss sich dazu bekennen, dass sie die Nutzung privaten Parkraums fördert. Die Bauverwaltung darf keine überhöhten Anforderungen an die flexible Nutzung privater Stellplätze stellen.
- **Flexibilität:** Derzeit werden die Stellplätze eines Bauvorhabens oft den einzelnen Nutzungen zugeordnet. Tiefgaragen werden oft nach dem Wohnungseigentumsgesetz aufgeteilt. Kommunen sollten sich dafür einsetzen, dass die Stellplätze im Miteigentum verbleiben und bedarfsgerecht genutzt werden.

CHECKLISTE: PARKFLÄCHEN EFFIZIENT NUTZEN

Bewohnerparken anpassen

- ✓ Max. ein Ausweis pro Wohnung
- ✓ Kein Ausweis bei vorhandenem Stellplatz
- ✓ Große Pkw (z. B. Wohnmobile, SUVs) ausschließen
- ✓ Effektiver Vollzug, z. B. Hinweis auf Strafbarkeit im Antragsformular
- ✓ Gebührenhöhe: Kommunale Gestaltungsspielräume einfordern

- ✓ Modell Gartenstadt Drewitz: Parkflächen durch städtische GmbH bewirtschaften
- ✓ Sondernutzung: Neue rechtliche Spielräume beobachten und nutzen

Alternative Modelle einsetzen

- ✓ Landauer Modell: Dauerparkausweise für alle Nutzergruppen, freie Gebührenhöhe, geringer Verwaltungsaufwand
- ✓ Modell „Altstadt München“: Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO, flexibler Gebührenrahmen, kommunaler Ermessensspielraum

Private Parkflächen besser einbinden

- ✓ Auslastung optimieren: Digitale Bewirtschaftung erlaubt effizientere Nutzung
- ✓ Öffentliche Gebäude: Über digitale Zugangssysteme effizienter nutzen
- ✓ Leerstand vermeiden: Unternehmen und Mietern rechtssichere Untervermietung/Fremdnutzung ermöglichen.
- ✓ Gemeinsam mit der Wirtschaft: private und öffentliche Parkflächen gemeinsam denken, Preisunterschiede reduzieren, Bedingungen für den Wirtschaftsverkehr verbessern (Lieferzonen)





Nutzung kommunaler Parkflächen und Tiefgaragen

Kommunen verfügen selbst über zahlreiche Parkflächen und Tiefgaragen, die sie oft nicht optimal nutzen. Viele Stellplätze an Verwaltungsgebäuden, Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen stehen nicht nur außerhalb der Dienstzeiten leer. Kommunen können diese Flächen gezielt für Anwohner, Besucher oder andere Nutzergruppen öffnen. Sie schaffen damit zusätzliche Parkmöglichkeiten, entlasten den öffentlichen Straßenraum und den öffentlichen Haushalt.

Technische Lösungen wie digitale Zugangssysteme, Schrankenanlagen oder Kennzeichenerfassung erleichtern die Verwaltung und Kontrolle der Parkflächen. Flächen für Dienstfahrzeuge können in Tiefgaragen ggf. durch Gitter abgetrennt werden. Die damit verbundenen Investitionskosten lassen sich durch die Möglichkeit der Vermietung von Stellplätzen oft in wenigen Monaten refinanzieren. Unternehmen bieten an, die Bewirtschaftung der Tiefgaragen zu übernehmen und Ladeinfrastruktur nach-

zurüsten. Kommunen können dann flexible Nutzungsmodelle einführen, etwa zeitlich begrenzte Vermietungen oder die Vergabe von Parkberechtigungen über Apps.

Fazit: Durch die Öffnung kommunaler Parkflächen und Tiefgaragen gewinnen Kommunen Spielräume für die Umgestaltung des öffentlichen Raums und können dort nachhaltige Mobilität fördern.

Ausblick: Parken als Sondernutzung

Das Straßenrecht unterscheidet zwischen Gemeingebrauch und erlaubnispflichtiger Sondernutzung. Gemeingebrauch umfasst den verkehrsüblichen und gemeinverträglichen Gebrauch im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften. Sondernutzung liegt vor, wenn die Nutzung darüber hinausgeht und nicht mehr gemeinverträglich ist.

Bis in die 1950er Jahre galt das dauerhafte Parken im öffentlichen Raum als Sondernutzung: Wer sein Fahrzeug regelmäßig nachts auf der Straße parkte, nutzte den öffentlichen Raum als „Laternengarage“.

Mit der zunehmenden Motorisierung änderte sich diese Sichtweise. Das Bundesverwaltungsgericht entschied 1966 in der sogenannten Laternengaragenentscheidung (Urt. v. 4.3.1966 – VII C 91.64), dass das dauerhafte Abstellen von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum verkehrsüblich und gemeinverträglich sei. Viele Menschen seien derzeit darauf angewiesen, ihr Fahrzeug im öffentlichen Raum abzustellen. Das Gericht betonte aber ausdrücklich, dass sich diese Einordnung auch wieder ändern könne. Wie vom Gericht 1966 bereits antizipiert, haben sich die Bedingungen seitdem erheblich geändert. In der Regel sind heute private Stellplätze vorhanden oder können angemietet werden. Es stehen oft Alternativen wie Car-Sharing-Modelle zur Verfügung. Das Parken auf der Straße ist heute seltener Voraussetzung für Teilhabe und dient häufiger der privaten Bequemlichkeit. Gleichzeitig stellt der Klimawandel andere Anforderungen: Kommunen müssen Flächen entsiegeln, um Starkregen und Hitze zu begegnen. Oft fehlen Flächen für Bäume, Fuß-, Radwege und den ÖPNV.

Fazit: Der Blick in die Vergangenheit (vor 1966) und das Ausland (Schweiz) zeigt, dass die Einordnung des Parkens



als Gemeingebrauch eher als befristete (Fehl-)Entwicklung zu werten ist, die zunehmend in Frage gestellt wird.¹³

Kommunen können Sondernutzungsverträge mit Sharing-Anbietern oder Paketdiensten erwägen. Auch das längere Abstellen von Anhängern, Wohnmobilen und Booten ist nach richtiger Auffassung kein Gemeingebrauch, da diese Nutzungen rein privatnützig sind und öffentliche Interessen beeinträchtigen.

Fazit: Handlungsmöglichkeiten für Kommunen

Die Verlagerung des ruhenden Verkehrs in den privaten Raum eröffnet Kommunen die Chance, den öffentlichen Raum zukunftsfähig zu gestalten und die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu verbessern. Dies wäre ein Vorteil für die Wirtschaft, die in der Regel besonders von guten Bedingungen für den Fußverkehr profitiert.

¹³ Drechsler/Litterst, DÖV 2022, 738.



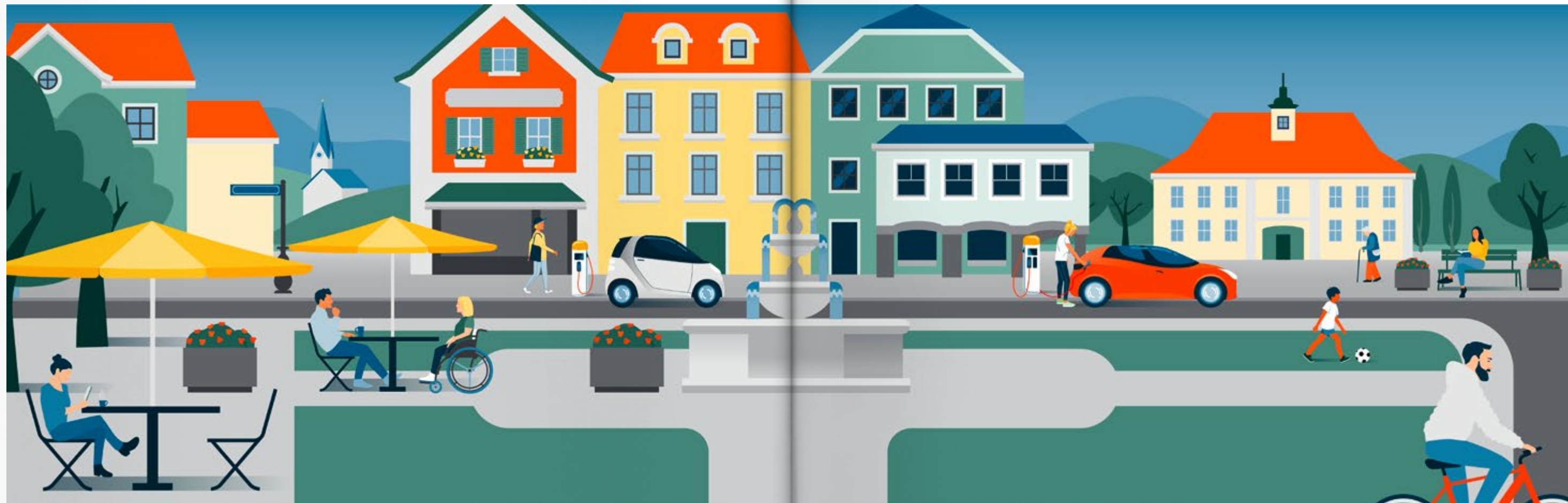
Weitere Informationen

- 👤 **Wiebke Hederich-McCall, LL.M. (Otago)**
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Verwaltungsrecht bei ZIRNGIBL Rechtsanwälte Partnerschaft mbB. Sie ist spezialisiert auf das Umwelt- und Planungsrecht und beschäftigt sich besonders mit dem öffentlichen Raum.
- ① **Weitere Veröffentlichungen von Frau Hederich-McCall:** Privaten Parkraum besser nutzen – eine Chance für den öffentlichen Raum, ZUR 2025, 460.
- ① **Aktuelle Veranstaltung zum Thema:** Parken neu denken! - innovativ, effizient, wirtschaftlich
vhw-Seminar am 21.01.2026



vhw.de/fortbildung/veranstaltung/parken-neu-denken-innovativ-effizient-wirtschaftlich-am-21-01-2026-in-berlin-wb266078/

Text ——— Wiebke Hederich-McCall, LL.M. (Otago)



Kommunen als Taktgeber beim Ausbau der Ladeinfrastruktur

Florian Werner, Cathérine Jansen,
Dr. Guido Weißmann

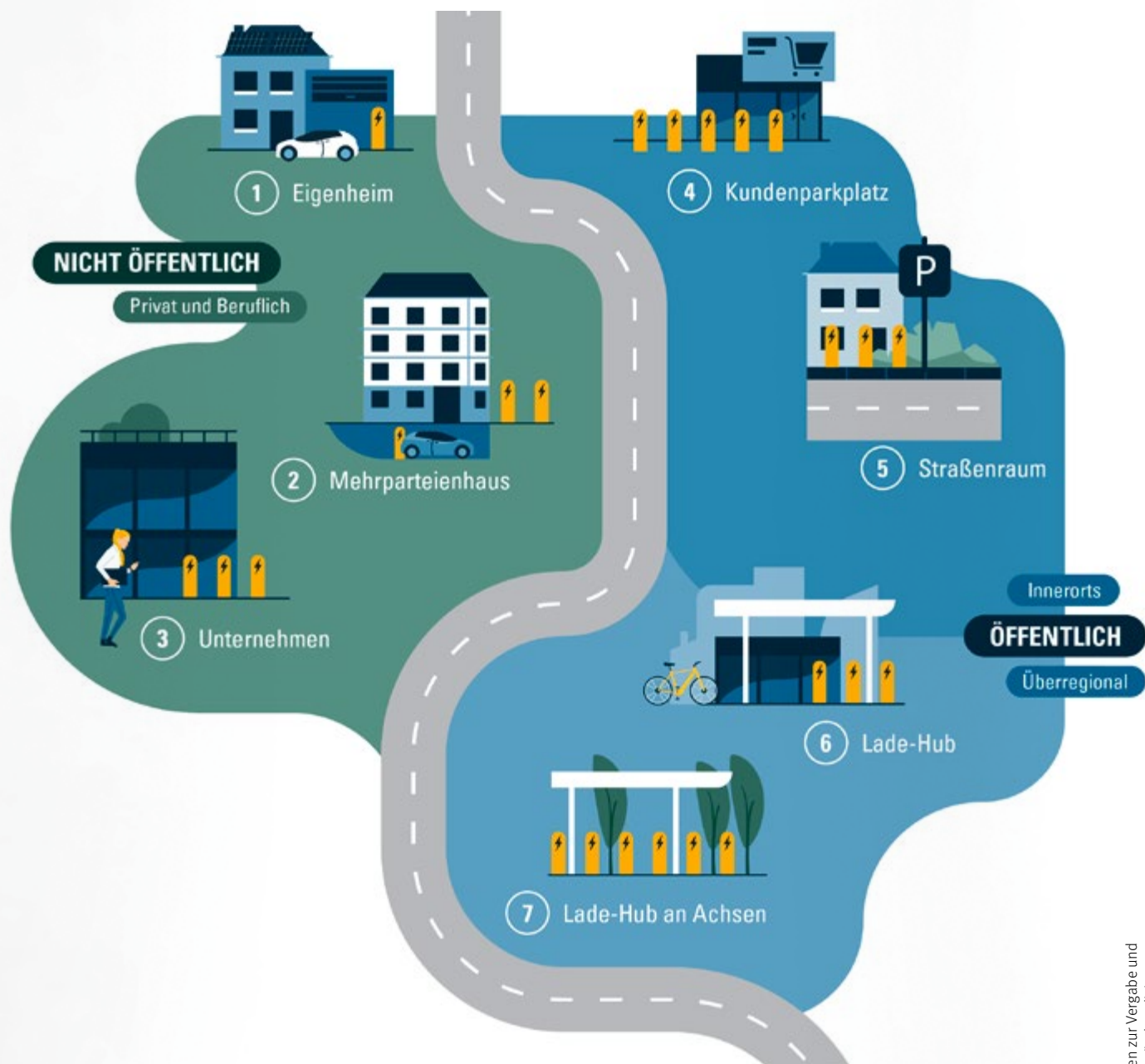
Die Rolle der Elektromobilität ist unbestreitbar groß. Sei es für den alltäglichen Verkehr, den Erfolg unserer Automobilindustrie oder aber zur Erreichung der Klimaschutzziele. So ist der Verkehrssektor in Deutschland für 22 Prozent aller Emissionen verantwortlich und trotz technologischer Fortschritte einer der wenigen Sektoren, deren Anteil am Gesamtaufkommen gegenüber 1990 (13 Prozent) gestiegen ist. Die neue Bundesregierung hat sich daher im Koalitionsvertrag zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele bekannt und strebt eine strategische Stärkung der Elektromobilität und damit einhergehende Themen wie den Ladeinfrastrukturausbau, Hochlauf elektrisch betriebener Nutzfahrzeuge (eLkw und eBusse) sowie die Stärkung des Automobilstandorts Deutschland an.

Bildnachweis: © "Einfach laden in der Kommune – Leitfaden zur Vergabe und Genehmigung von Ladeinfrastruktur für kommunale Akteure", aktualisierte Fassung (2025), Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur

Welche Rolle spielen Kommunen beim Thema Elektromobilität?

Doch wo stehen wir im Jahr 2025 beim Thema Elektromobilität und Ladeinfrastruktur und welche Rolle spielen dabei die Kommunen? Fakt ist: Der Anteil an rein elektrisch betriebenen Fahrzeugen bei den Neuzulassungen steigt kontinuierlich und lag im September bei über 19 Prozent. Hinzu kommen Plug-in-Hybride mit knapp 12 Prozent, die ebenfalls geladen werden können. Zum Vergleich: Pkw mit klassischem Dieselantrieb hatten zuletzt einen Anteil von gut 12 Prozent. Mit Blick auf den Fahrzeugbestand macht dies einen Anteil von ca. 7 Prozent an elektrisch betriebenen Pkw aus. Hinzu kommt die verstärkte Neuzulassung elektrisch betriebener Nutzfahrzeuge (11 % bis 3,5t und 11 % über 3,5t im August) und eBusse (17 % im Juli).

Die wachsende Zahl elektrisch betriebener Fahrzeuge bedeutet einen höheren Bedarf an Ladeinfrastruktur. Grundsätzlich wird zwischen privatem und öffentlichem Laden unterschieden. Zum privaten Laden zählen das Aufladen am Eigenheim, in Mehrparteienhäusern oder am Arbeitsplatz. Öffentliches Laden hingegen umfasst Ladevorgänge an sogenannten Lade-Hubs, auf Kundenparkplätzen sowie im öffentlichen Straßenraum (siehe Grafik). Kommunen spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Immerhin befindet sich ein Großteil der öffentlichen Ladeinfrastruktur von derzeit 177.000 Ladestationen, davon über 35.000 in Bayern, im Hoheitsbereich der Kommunen. Die Heterogenität der Kommunen, sei es von der Millio-



nenstadt München bis zur kleinen ländlichen Gemeinde, mit ihren unterschiedlichen Herausforderungen drückt sich ebenfalls beim Ausbau der Ladeinfrastruktur aus. Doch welche Handlungsoptionen haben Kommunen und was müssen diese konkret beim Aufbau von Ladeinfrastruktur beachten?

Neben der Tatsache, dass sich mittlerweile der Großteil der Kommunen in Deutschland mit dem Thema Ladeinfrastruktur befasst, verantwortet die Kommune eine Vielzahl an Zuständigkeiten bei diesem Thema.

Zu Beginn steht in vielen Kommunen die Aufstellung eines Ladeinfrastrukturkonzepts. In diesem werden in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren (Stadtrat, Bauämter, Natur- und Denkmalschutz etc.) die wichtigsten Ziele und Kriterien für den Ladeinfrastrukturausbau formuliert. Dies hilft anschließend bei der konkreten Umsetzung der Ziele und dient als Orientierungs- und Koordinierungsrahmen.

Abseits davon kann die kommunale Verwaltung selbst beim Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie Elektrifizie-

Bildnachweis: © "Einfach laden in der Kommune – Leitfaden zur Vergabe und Genehmigung von Ladeinfrastruktur für kommunale Akteure", aktualisierte Fassung (2025), Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur

→ Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur

Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur, angesiedelt bei der bundeseigenen NOW GmbH, koordiniert im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland. Sie unterstützt die Planung, Umsetzung und Förderung, erfasst relevante Daten zur Bedarfsermittlung und vernetzt alle wichtigen Akteure – stets mit Blick auf die Nutzerinnen und Nutzer.

Weitere Informationen finden Sie unter nationale-leitstelle.de



→ TOOLBox der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur

Die TOOLBox der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur unterstützt Akteure beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Das StandortTOOL stellt Informationen zu Bedarf, Ist-Zustand und Ausbauaktivitäten zur Verfügung. Das FlächenTOOL hilft bei der Identifizierung geeigneter Flächen. Das LadeLernTOOL vermittelt praxisnahes Wissen für den Ladeinfrastrukturaufbau vor Ort. Alle Tools sind kostenfrei nutzbar und unter toolbox.nationale-leitstelle.de zu finden.

zung des kommunalen Fuhrparks vorangehen und so eine Vorbildfunktion vor Ort einnehmen. Denkbar ist zudem die Ausweitung von kommunal betriebenen Carsharing-Angeboten samt Elektroautos und die Einbindung von

→ Kompetenzstelle Elektromobilität Bayern

Die bei der Bayern Innovativ GmbH angesiedelte Kompetenzstelle Elektromobilität Bayern fördert im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums den Markthochlauf der Elektromobilität im Freistaat. Konkret unterstützt die Kompetenzstelle das Ministerium u. a. bei der Konzeption und Abwicklung von Ladeinfrastruktur-förderprogrammen, monitort die Entwicklung des Ladeinfrastrukturaufbaus und des E-Fahrzeughochlaufs in Bayern und informiert und sensibilisiert Unternehmen und Bevölkerung zu vielfältigen Fragestellungen rund um das Thema Elektromobilität.

Weitere Informationen finden Sie unter elektromobilitaet-bayern.de



lokalen Investoren oder Versorgungswerken in den Ladeinfrastrukturaufbau. Die weitaus größere Aufgabe kommt der kommunalen Verwaltung jedoch in ihrer Rolle als Entscheidungsinstanz über die örtliche Infrastruktur zu.

Dies beinhaltet u. a. die Aufstellung von eigenen Satzungen und Richtlinien durch Stadt- und Gemeinderäte, die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen und Vorgaben, die Bauleitplanung oder die Genehmigung von Ladeinfrastruktur, auf die im Folgenden näher eingegangen wird



Die Verteilung öffentlichen Straßenraums

Grundsätzlich haben Kommunen drei Möglichkeiten bei der Verteilung öffentlichen Straßenraums für den Ladeinfrastrukturaufbau: Sie können Sondernutzungserlaubnisse erteilen, eine Sondernutzungsrichtlinie bzw. -satzung aufstellen oder ein Vergabeverfahren durchführen.

Die Sondernutzungserlaubnis:

Sie erlaubt die Nutzung des Straßenraums über den normalen Verkehr hinaus – etwa für Ladestationen. Ob eine Sondernutzungserlaubnis erteilt wird, liegt im Ermessen der zuständigen Behörde. Allerdings dürfen nur solche Kriterien berücksichtigt werden, die einen unmittelbaren Bezug zur Straße aufweisen. Hier geht es insbesondere um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Gleichzeitig existiert für die Antragsteller keine Pflicht, von der Erlaubnis auch Gebrauch zu machen.

Die Sondernutzungsrichtlinie oder -satzung:

Sie zeichnet sich dadurch aus, dass es mehrere Interessenten für den Ladeinfrastrukturaufbau gibt. Kommunen können mit einer Sondernutzungsrichtlinie oder -satzung das Auswahlverfahren steuern und gezielt Flächen ausweisen. Allerdings dürfen auch hier nur straßenbezogene Aspekte bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Wirtschaftliche oder wettbewerbliche Kriterien sind tabu – weshalb Bewerber meist per Losverfahren ausgewählt werden müssen.

Das Vergabeverfahren:

Am meisten Gestaltungsspielraum bietet das Vergabeverfahren. Kommunen müssen anfangs festlegen, ob es sich um einen Dienstleistungsauftrag oder eine Konzession handelt. (Beim Auftrag liegt das Betriebsrisiko typischerweise beim Auftraggeber, bei der Konzession beim Auftragnehmer). Neben straßenrechtlichen Fragen können auch Kriterien wie Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit oder Nutzerfreundlichkeit einbezogen werden – dadurch entsteht echter Wettbewerb. Den Zuschlag erhalten nur die Bewerber, die diese Anforderungen erfüllen – und sie bekommen im Anschluss die nötige Sondernutzungs-

erlaubnis. Bei gleicher Eignung mehrerer Bewerber kann das Los entscheiden.

Kommunen sollten genau festlegen, nach welchen Kriterien sie öffentliche Flächen für Ladestationen vergeben wollen und prüfen, ob diese im gewählten Verfahren überhaupt zulässig sind. So lässt sich der Ausbau rechtssicher gestalten und unnötige Verzögerungen vermeiden.

Finanzielle Förderung von Ladeinfrastruktur

Neben der Koordination und Planung spielt auch die finanzielle Förderung eine zentrale Rolle beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Ergänzend zu den Bundesprogrammen unterstützt auch der Freistaat Bayern seit 2017 den Ausbau der Ladeinfrastruktur mit bisher fast 60 Mio. €. In enger Abstimmung zwischen Bund und Land wurden bisher komplementäre Förderziele dressiert, von der Wallbox am Ferienort bis zum Schnellladepark an der Autobahn. Dennoch ist der Bedarf an Ladepunkten weiterhin enorm und steigt kontinuierlich mit dem Hochlauf der Elektromobilität. Daher wird sich der Freistaat auch weiterhin dort engagieren, wo die Förderprogramme des Bundes nicht mehr greifen, insbesondere im Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für den Mobilitätsalltag, sowie im Bereich E-LKW-Ladeinfrastruktur.

Weitere Infos zu den Förderprogrammen:



Bund
now-gmbh.de



Freistaat Bayern
elektromobilitaet-bayern.de

Text — Florian Werner, Cathérine Jansen (NOW GmbH), Dr. Guido Weißmann (Bayern Innovativ GmbH)

Ausbau der Windenergie



Start Windkümmerer 3
Weitere Unterstützung für Bayerns
Windenergie-Ausbau



Wie können Bayerns Kommunen Unterstützung beim Ausbau der Windenergie erhalten?

Die Windkraft ist ein zentraler und unverzichtbarer Baustein für Energiewende und Versorgungssicherheit in Bayern. Ihr Ausbau ist deshalb klares Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Eine Aufgabe, die Expertise verlangt und bisweilen Konfliktpotenzial birgt.

Seit 2019 unterstützt das bayerische Wirtschaftsministerium die Kommunen im Freistaat mit der Windenergieoffensive AUFWIND und den „Windkümmerern®“. Diese betreuten in den vergangenen fünf Jahren bereits über 400 Projekte aktiv. Nach wie vor besteht eine große Nachfrage bei den Kommunen, weshalb ab Januar 2026 das Nachfolgeprojekt „Windkümmerer“ startet, das bis Ende 2028 läuft.

Die Koordinierung von „Windkümmerer 3“ übernimmt – wie bei den Vorgängerprojekten – die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) am Bayerischen Landesamt für Umwelt. Bewerben können sich interessierte Kommunen, Landkreise oder interkommunale Zusammenschlüsse ab Winter 2025/2026 über die LENK-Website.

Wer sind die Windkümmerer®?

Die Windkümmerer® sind in der Regel Energieagenturen oder andere Fachfirmen. Sie bieten ausgewählten Kommunen professionelle Beratungen rund um den Entstehungsprozess einer Windenergieanlage an.

Denn den bayerischen Kommunen kommt beim Ausbau der Windenergie eine besondere Bedeutung zu: Sie können nach dem Gegenstromprinzip mit den regionalen Planungsverbänden oder über ein Bauleitplanverfahren geeignete Flächen für Windenergieanlagen ausweisen und stehen dabei mit den Menschen vor Ort im ständigen Dialog. Sie vermitteln, weshalb der Ausbau der Windkraft so bedeutsam ist, und können durch kluge Konzepte erreichen, dass die Menschen in der Region auch wirtschaftlich von der Anlage profitieren.

Bei dieser vielseitigen Aufgabe können die Windkümmerer unterstützen: Sie helfen unter anderem dabei, vorhandene Flächenpotentiale zu analysieren und zu sichern, individuelle Wege zur Akzeptanzsteigerung zu erarbeiten, Konzepte zur Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und Konflikte zu moderieren.

„Die kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger profitieren von ihrem zuständigen Windkümmerer als neutralem Ansprechpartner und Berater, der Rückhalt gibt und hilft, das Vorhaben zu realisieren.“, erklärt Robin Reller, der die Windkümmerer als Leiter des Projekts an der LENK koordiniert.

Bildnachweis: ©Lobachad – elements.envato.com

„Wer hat denn schon Erfahrung, eine Windenergieanlage zu bauen?“

Reinhard Sollfrank, erster Bürgermeister der Marktgemeinde Parkstein, war einer der ersten in Bayern, der sich für das Projekt beworben hat. Der Windkümmerer® sei für seine Gemeinde „Gold wert“. Für Sollfrank ist die langjährige Expertise des Windkümmerers und der ‚Blick von außen‘ ein entscheidender Vorteil für seine Gemeinde: „Wer hat denn schon Erfahrung, eine Windenergieanlage zu bauen?“

Erste Schritte für das Vorhaben hatten die kommunalen Entscheider bereits vor der Zusammenarbeit mit dem Windkümmerer angestoßen: Aufgrund des Engagements des zweiten Bürgermeisters Josef Langgärtner war bereits eine Bürgerenergiegenossenschaft (Bürgerenergie Parkstein eG) aktiv. Auch der Marktgemeinderat war dem Vorhaben gegenüber positiv eingestellt. „Aber dann herauszufinden, was so ein grundsätzliches ‚Wir wollen das‘ real bedeutet – allein für diese Erkenntnis sind wir sehr dankbar“, meint Sollfrank.

Die Windkümmerer begleiteten die Gemeinde in den letzten Jahren auf dem Entstehungsprozess der Anlagen und unterstützen mit ihrer fachlichen Expertise auch bei der Öffentlichkeitsarbeit: Das hilft, meint Sollfrank: „Es schafft einfach viel Transparenz und dadurch letztlich Akzeptanz, wenn die Fragen besorgter Bürgerinnen und Bürger von unabhängigen Expertinnen und Experten beantwortet werden können“. Dies wurde auch beim Bürgerentscheid ersichtlich, der im Dezember 2021 mit 55 Prozent Ja-Stimmen für einen Windpark ausging. Ab diesem Zeitpunkt bestanden die größten Herausforderungen in der Einführung der Dichtezentren im laufenden Verfahren und bei der Deutung der artenschutzbezogenen Umweltauswirkungen. Der Windkümmerer konnte beim Austausch mit den Behörden „sehr gut unterstützen“, so Josef Langgärtner. Die Gemeinde rechne mit einer Genehmigung der Anlage Mitte November.

Mehr Fläche, mehr Potentiale, mehr Wissen

Seit der 2022 vom Bayerischen Landtag beschlossenen Lockerung der 10H-Regelung, kommen für den Ausbau der Windenergie mehr Flächen in Betracht. Mit dieser Änderung stieg auch die Nachfrage nach neuen Windenergieprojekten. Möglichkeiten, wie die lokale Wertschöpfung anzukurbeln und Bürgerinnen und Bürger am Ertrag der Windkraftanlage zu beteiligen, machen die Projekte für Kommunen – neben den Argumenten Klimaschutz und Selbstversorgung – attraktiv.

Neben den Windkümmerern®, die aktiv vor Ort helfen, stellt die Landesagentur für Energie und Klimaschutz auf dem Energieatlas Bayern deshalb Wissen rund um Windenergie bereit. Hier können sich die Kommunen über die Schritte eines Windvorhabens informieren und mehr über die Windkümmerer erfahren. Ergänzend finden politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie kommunale Mitarbeitende dort Leitfäden und Handreichungen, zum Beispiel zu den Themen Flächenpooling, finanzieller Teilhabe und eine Argumentationshilfe für den Ausbau der Windenergie. Zudem werden auf der Plattform häufig gestellte Fragen wie etwa „Wie viele Windräder ersetzen ein Kernkraftwerk?“ oder „Wie sieht das Recyclingkonzept für die Anlagen aus?“ beantwortet.

Detaillierte Informationen

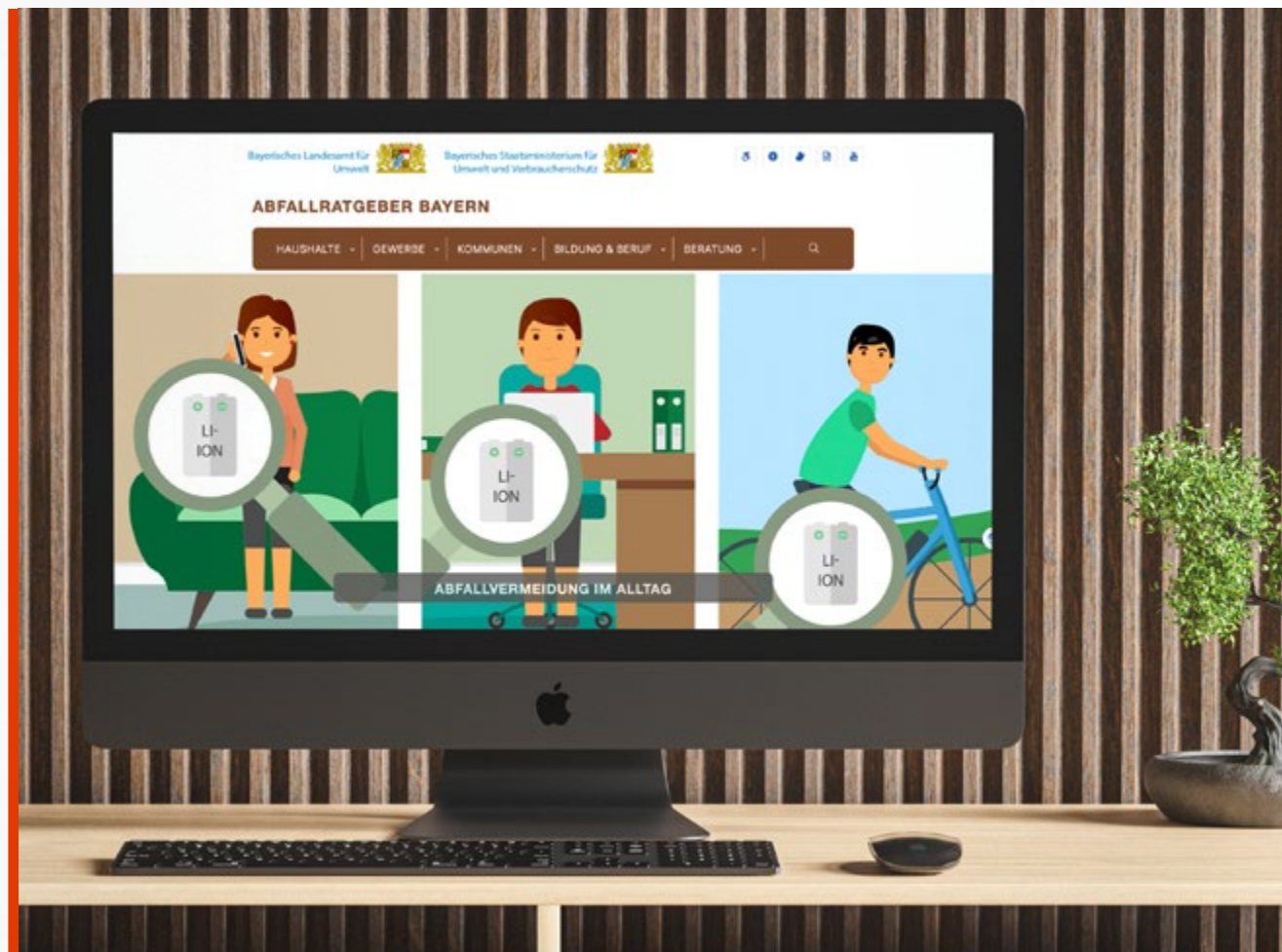
rund um die Unterstützungsangebote und die Bewerbung für einen Windkümmerer gibt es auch auf der Website der LENK.



lenk.bayern.de

Text — Bayerisches Landesamt für Umwelt





Startseite Internetauftritt
des Abfallratgebers Bayern

Abfallratgeber Bayern Überarbeitung der Webseite

Der „Abfallratgeber Bayern“ (ARBA) ist ein Online-Informationssystem mit Hinweisen zur Erfassung und Entsorgung von Wertstoffen und Abfällen. Der Internetauftritt des ARBA wurde inhaltlich-strukturell und optisch neugestaltet. Der ARBA wird vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz betrieben.

Bildnachweis: © minimalmockups.com, Sichere Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkus aus vielfältigen Einsatzbereichen, Website: © StMUV



Der Abfallratgeber richtet sich an Privathaushalte und Kommunen sowie an Unternehmen

Privathaushalte

Privathaushalte finden für ihren jeweiligen Landkreis oder ihre Stadt Ansprechpartner, Hinweise zur Wertstofftrennung und Restmüllstoffentsorgung, Öffnungszeiten der Wertstoffsammelstellen, Abfallgebühren sowie weitere Daten zur Abfallwirtschaft. Wissenswerte über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und zahlreiche abfallwirtschaftliche Themen ergänzen das vielfältige Angebot. Verschiedene Videos z. B. zur Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkus, zu Littering sowie zum Umwelt- und Verbraucher-Podcast z. B. „Was passiert eigentlich mit meinem Müll“ veranschaulichen relevante Aspekte. „Wussten-Sie-Schon-Beiträge“ geben Ratschläge u. a. zur Entsorgung von Einweg-E-Zigaretten oder Biomüll im Winter.

Kommunen

Im neuen Bereich „Kommunen“ erhalten öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und Gemeinden hilfreiche Informationen zu verschiedenen Abfallarten, Sammel- und Entsorgungsfragen. Bei den Fachhinweisen zählt sich die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bayerischen Landesamt für Umwelt und den bayerischen Abfallberatersprechern aus. Damit werden den Kommunen Hinweise und Antworten auf praxisnahe abfallwirtschaftliche Alltagsfragen zur Verfügung gestellt. Sofern Sie dem Abfallratgeber eigene Best-practice-Beispiele mitteilen wollen, die andere Kommunen zur Nachahmung motivieren können, senden Sie Ihre Projekte gerne an abfallratgeber@stmuv.bayern.de.

Bildung und Beruf

Der neue Bereich „Bildung und Beruf“, richtet sich an alle Bildungsinteressierte im Bereich Kreislaufwirtschaft. Pädagogische Fachkräfte in Kitas und Schulen erfahren, wo Sie zielgruppengerechte Lernmaterialien hierfür erhalten können. Schulabsolventen können sich zur Berufswahl und Studierende zu möglichen Studiengängen im Sektor Kreislaufwirtschaft/Umwelt informieren.

Unternehmen

Unternehmen erhalten weitere Hinweise zu Abfallvermeidung, Abfallbehandlung, Entsorgungsfirmen, Förderprogrammen und zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung.

**Die Informationen werden erweitert
und ständig aktualisiert.**

Die meisten Internetseiten der bayerischen Landkreise und Städte verlinken bereits auf den ARBA.

**Der Abfallratgeber Bayern
ist aufrufbar unter**



abfallratgeber.bayern.de



**EUROPÄISCHE WOCHEN
der ABFALLVERMEIDUNG**
22. - 30. November 2025



Aus dem Verband

Glückwünsche

Der Bayerische Gemeindetag gratuliert folgenden Jubilaren:

— Ersten Bürgermeister
Reiner Feulner,
Markt Schwarzenbach a.Wald,
Stellv. Vorsitzender
des Kreisverbandes Hof,
zum 55. Geburtstag

— Ersten Bürgermeister
Stephan Dorn,
Gemeinde Neuhaus a.Inn,
Vorsitzender
des Kreisverbandes Passau,
zum 60. Geburtstag



Kreisverband Dingolfing-Landau

Energiethemen im Fokus

Herbstsitzung des Kreisverbands Dingolfing-Landau in Eichendorf: Diesmal standen Energiethemen im Fokus – Standortsicherung für Windenergieanlagen und die Umsetzung der Wärmeplanung. Vorsitzender Günther Schuster (vordere Reihe 4. v.R.) begrüßte unseren Energiereferenten Stefan Graf. ▼

Kreisverband Wunsiedel

Nach 20 Jahren Bürgermeister tritt Göcking nicht mehr an.

Wie bei allen Sitzungen des Kreisverbandes unter Leitung von Stefan Göcking (mit unserem Logo) – die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Wunsiedel stehen vertrauensvoll und gut gelaunt zueinander. Die Septembersitzung wird aber voraussichtlich die letzte gewesen sein!

Nach 20 Jahren Bürgermeister tritt Göcking nicht mehr an. Der Gemeindetag sagt jetzt schon mal danke. Links hinter ihm: Unser Referent Stefan Graf, der neben dem Finanzthema alles Aktuelle aus dem Energiesektor mit den engagierten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern diskutiert hat. ▲



Bildnachweis: © Gemeinde Loiching



Kommunalwirtschaft

Energieberatung in Kooperation mit der Verbraucherzentrale

Rund 20 % des Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf die Wärmeversorgung privater Haushalte. Steigende CO₂-Preise, Klimaziele und der Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit machen insbesondere die Wärmewende zu einer wichtigen kommunalen Aufgabe. Mit der unabhängigen Energieberatung der Verbraucherzentrale bieten Sie den Bürger:innen Ihrer Kommune eine kompetente, kostenlose Unterstützung bei energetischer Sanierung, Heizungsmodernisierung und dem Einsatz erneuerbarer Energien.



Beratungskampagne vor Ort
Im Rahmen einer Beratungskampagne in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Bayern

Bildnachweis: KI-generiert mit ChatGPT, © OpenAI, 2025

e.V. bieten Sie Ihren Bürger:innen ein begrenztes Kontingent an kostenfreien Energieberatungen zu Hause an. Damit unterstützen Sie diese aktiv auf dem Weg zu klimafreundlichem und kostensparendem Wohnen. Das Angebot der unabhängigen Energieberatung kann im Rahmen der Kampagne gezielt als lokale Aktion beworben und für Bürger:innen leicht zugänglich gemacht werden.

Vorteile für Kommunen:

- Gezielte Ansprache Ihrer Bürger:innen mit lokalem Bezug
- Unterstützung bei Planung, Kommunikation und Umsetzung durch die Verbraucherzentrale
- Öffentlichkeitswirksame Bewerbung als besonderes kommunales Angebot für Ihre Bürger:innen
- Geringe Kosten von 40 Euro pro Beratung (90 % Förderung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)
- Anregung von Investitionen und Mobilisierung von Fördergeldern durch die Bürger:innen vor Ort

Ablauf der Energieberatung:

Bei einem rund zweistündigen Vor-Ort-Termin analysiert die Energieberatung der Verbraucherzentrale die energetische Situation bei Ihren Bürgerinnen und Bürgern zu Hause und gibt individuelle, neutrale Handlungsempfehlungen. Je nach individuellem Beratungsbedarf können dabei unter anderem die Heizungsanlage, die Gebäudehülle sowie mögliche Einspar- und Sanierungspoten-

ziale im Mittelpunkt stehen. Nach der erfolgten Beratung erhalten die Beratenen einen abschließenden Bericht mit weitergehenden Empfehlungen. Energieberatung der Verbraucherzentrale

Zusammenarbeit im Überblick Unterstützung der Verbraucherzentrale Bayern

- Planung, Koordination und Umsetzung der Beratung inklusive Steuerung der Energieberater:innen
- Unterstützung der Kommune bei Öffentlichkeitsarbeit (Pressetext-Vorlagen, Werbematerialien)
- erhaltung und Steuerung des Budgets für die Eigenanteilsübernahme
- Kostenfreier Vortrag bei Auftaktveranstaltung (optional)
- Nachbereitung der Kampagne durch Auswertung, Dokumentation und Weiterentwicklung

Beitrag des Kooperationspartners (Kommune)

- Abstimmung der Kampagnenschwerpunkte (z. B.: Heizungstausch, Sanierung, kommunale Wärmeplanung, Photovoltaik), Zeiträume und Zielgruppen mit der Verbraucherzentrale
- Bewerbung der Kampagne über eigene Kanäle (Presse, Webseite, Social Media etc.)
- Organisation der Auftaktveranstaltung (optional)
- Entgegennahme und Weiterleitung der Anmeldungen an die Verbraucherzentrale
- Übernahme der Eigenanteile für eine festgelegte Anzahl Beratungen (40 Euro pro Beratung)





Zeitplan & Aufgabenverteilung

Phase	Kommune	Verbraucherzentrale
Vorbereitung 2–3 Monate	Abstimmung Zeitraum & Umfang	Koordination der Energieberater:innen
Kampagnenstart	Öffentlichkeitsarbeit, ggf. Auftaktveranstaltung mit Vortrag	Unterstützung bei Pressearbeit, ggf. Auftaktvortrag
3–6 Wochen	Sammeln von Anmeldungen	Verteilung der Anmeldung an Energieberater:innen
1–3 Wochen		Verteilung und Durch- führung der Beratungen

Hinweis

Die Vorbereitungsphase umfasst i. d. R. zwei bis drei Monate. Danach folgt die aktive Bewerbungsphase mit Sammlung der Anmeldungen durch die Kommune. Die Verbraucherzentrale koordiniert daraufhin die Beratungswünsche und führt diese im vereinbarten Zeitraum durch. Energieberatung der Verbraucherzentrale

Wirksamkeit der Energieberatung

Regelmäßige Evaluierungen unabhängiger Institute belegen die nachhaltige Wirkung der Energieberatung der Verbraucherzentrale. Die aktuellen Ergebnisse aus dem Jahr 2024 zeigen:

Konkrete Wirkung in Bayern

- 45 Millionen Euro zusätzliche private Investitionen pro Jahr als Folge der Energieberatung
- Energieeinsparung von 1 Terawattstunde und 38.000 Tonnen CO₂-Vermeidung durch umgesetzte oder fest eingeplante Maßnahmen (Beratungen eines Jahres, jeweils über die gesamte Lebensdauer der Maßnahmen gerechnet)

Umsetzung & Verhaltensänderung

- Rund 80 % der empfohlenen Maßnahmen werden tatsächlich umgesetzt
- Nach der Beratung wählen Ratsuchende bei Dämmmaßnahmen an Außenwänden und Dächern im Schnitt eine 7 cm stärkere Dämmung
- Die Entscheidung für eine Wärmepumpe verdoppelt sich im Vergleich zur ursprünglichen Planung

Hohe Zufriedenheitswerte

- Über 95 % der Beratenen sind mit der Qualität der Beratung zufrieden und empfehlen sie weiter
- Unabhängigkeit und Individualität der Beratung wird am meisten geschätzt

Weitere Informationen

- ① Verbraucherzentrale Bayern e.V. Referat Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit Mozartstraße 9, 80336 München
- © energie@verbraucherzentrale.bayern



verbraucherzentrale.bayern

Informationen zum Gigabit-Grundbuch; Webcast-Reihe

Das Gigabit-Grundbuch bündelt Informationen aus Infrastruktur-atlas (ISA), Breitbandatlas (BBA), Funklochkarte, Breitbandmessung und Mobilfunkmonitoring.

Gebietskörperschaften dürfen den ISA bereits jetzt ohne Nachweis eines konkreten Ausbauprojekts zu Planungs- und Förderzwecken nutzen.

Die Analyseplattform wird voraussichtlich bis zum Jahresende für alle Gebietskörperschaften freigeschaltet. Voraussetzung ist die Registrierung im ISA-Portal. Registrierungen können bereits jetzt jederzeit vorgenommen werden. Über die Aktivierung der Analyseplattform informieren wir, sobald sie zur Verfügung steht. Die Nutzung des ISA ist hiervon unabhängig möglich. Eine Übersicht über die Registrierungsschritte liegt dieser Mail bei. Die Nutzung des Gigabit-Grundbuch ist kostenfrei.

Weitere Informationen

Weitere praxisnahe Informationen zum Gigabit-Grundbuch und insb. zur Analyseplattform erhalten Sie in der WebCast Reihe „Gigabit-Grundbuch: Registrierungsprozess und Informationen zur Analyseplattform für Kommunen“. Die Anmeldung erfolgt über die Homepage des Gigabitbüros.



gigabitbuero.de



Neuer GEMA-Tarif für kommunale Weihnachtsmärkte

Die Bundesvereinigung der Musikveranstalter (BVMV) hat gemeinsam mit den drei kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag), der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing und dem Deutschen Schaustellerbund als Mitglieder des BVMV nach langen und intensiven Verhandlungen mit der GEMA einen neuen, eigenständigen Tarif für die Musiknutzung auf kommunalen Weihnachtsmärkten („WM-T“) vereinbart. Die Vergütung für öffentliche Musiknutzungen auf Weihnachtsmärkten wird ab der Saison 2025 um 35 Prozent reduziert.

Die Regelung gilt für eine vierjährige Evaluationsphase. Aus Sicht des DStGB ist mit dem neuen Tarif ein wichtiger Kompromiss gefunden worden, der dem besonderen Charakter der Weihnachtsmärkte und ihrer kulturellen Bedeutung deutlich besser Rechnung trägt.

Der neue, interimistische Weihnachtsmarkttarif „WM-T“ sieht im Einzelnen vor:

- Einen 35-prozentigen Rabatt auf den Tagespreis des geltenden

Gebührensatzes des U-ST-Tarifs für die kommenden vier Weihnachtsmarktsaisons bereits ab der aktuellen Weihnachtsmarktsaison 2025/2026.

- Eine (jährliche) Evaluierung in den kommenden vier Jahren mit der Zielsetzung einer zukünftigen und dauerhaften Tarifierung von Weihnachtsmärkten ab 2029/2030.

Die Vergütungssätze „WM-T“ gelten nur dann für Weihnachtsmärkte, wenn Veranstaltungscharakter vorliegt. Ansonsten gilt weiterhin der M-U-Tarif (Hintergrundmusik).

Neben dem rabattierten Übergangstarifs gilt für Mitglieder der kommunalen Spitzenverbände in Anlehnung an den geltenden Gesamtvertrag weiterhin einen Gesamtvertragsrabatt in Höhe von 20 Prozent.

Noch offene und berechnete Lizenzforderungen der GEMA gegenüber Weihnachtsmarktveranstaltern sind nicht von diesem Sondertarif umfasst. Diese sind zu begleichen, sofern keine offenen Fragen tatsächlicher oder rechtlicher Art bestehen, die zwischen den Lizenzpartnern zu klären sind.

Die zwischen der BVMV und der GEMA vereinbarte Tarif „WM-T“ mit einer Darstellung der Pauschalvergütungssätze ist unter: **gema.de** abrufbar.

Die Anmeldung der jeweiligen Veranstaltung im Online-Portal der GEMA ist ab Ende September möglich.

Weitere Informationen

Weitere Informationen finden sich auf der Webseite der GEMA



gema.de/weihnachtsmaerkte

Ebenso können sich über die Seite Veranstalter für die Webinare im Oktober anmelden, in denen sie Schritt für Schritt durch den Tarif geführt und Fragen geklärt werden.

Die Pressemitteilung der GEMA zu dem neuen Tarif ist unter **gema.de** abrufbar.

Anmerkung des DStGB

Mit der Vereinbarung eines neuen, eigenständigen Tarifs für Weihnachtsmärkte für die kommenden vier Jahre konnte nach über zwei Jahren umstrittenen und intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der GEMA ein wichtiger Kompromiss gefunden werden, der dem besonderen Charakter der Weihnachtsmärkte und ihrer kulturellen Bedeutung deutlich besser Rechnung trägt als die bestehenden Regelungen des U-ST-Tarifs. Dies wurde bislang von der GEMA stets mit Verweis auf die bestehende Rechtslage und die einschlägige Rechtsprechung abgelehnt und ist daher auch seitens der GEMA ein deutliches Entgegenkommen.

Quelle: DStGB Aktuell 2325





Neue Bundes-Förderprogramme für Sportstätten

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat beschlossen, ab 2025 Programmmittel in Höhe von 333 Millionen Euro für ein neues Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich sind Programmmittel von 160 Millionen Euro für die Förderung innovativer Sport- und Bewegungsräume im Haushaltsentwurf 2026 vorgesehen.

Die Mittel für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ sind im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität veranschlagt.



Damit wird das bisherige Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ ab 2025 durch ein neues, auf Sportstätten beschränktes Programm abgelöst. Der Fokus wird somit auf einen Bereich mit erheblichem Sanierungsbedarf gelegt: Moderne und attraktive Sportstätten sind ein wichtiger Baustein für eine geordnete Stadtentwicklung. Als Teil der sozialen Infrastruktur sind sie von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheit der Bevölkerung.

Die Details zur Umsetzung werden nun abgestimmt; ein Projektauftrag soll noch in diesem Herbst veröffentlicht werden.

Anmerkung des DStGB
Aus kommunaler Sicht ist die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung kommunaler Sportstätten ein wichtiges und ausdrücklich zu begrüßendes Signal – sie greift eine zentrale Forderung des DStGB auf und adressiert den erheblichen Investitionsstau vor Ort. Entscheidend ist nun, dass die Umsetzung praxisnah und unbürokratisch erfolgt und der angekündigte Projektauftrag zeitnah veröffentlicht wird, um den Kommunen frühzeitig Planungssicherheit zu geben.

Quelle: DStGB Aktuell 2325



Praxistag – Kapitalertragsteuer und steuerliches Einlagekonto

27. November 2025 in Augsburg oder digital zugeschaltet.

Das Seminar vermittelt fundierte Kenntnisse über die besonderen steuerlichen Regelungen für öffentliche Körperschaften im Bereich der Kapitalertragsteuer gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 10b EStG und der Führung des steuerlichen Einlagekontos nach § 27 KStG.

Die Teilnehmer erhalten ein umfassendes Verständnis für die Abgrenzung zwischen steuerpflichtigen Gewinnausschüttungen und steuerfreien Einlagenrückzahlungen bei Betrieben gewerblicher Art.

Preis
Tagungsgebühr 220,- € inkl. Unterlagen zum Download zzgl. Verpflegungspauschale pro Person/Tag 49,- € zzgl. MwSt. (bei Präsenzteilnahme)

Referent
Franz Neuner (Leiter der Betriebsprüfung beim Finanzamt Gar-misch-Partenkirchen, Dozent der Bay. Akademie für Verwaltungs-Management GmbH)

Bildnachweis: ©GreensandBlues – elements.envato.com

Anmeldung
① Bayerische Akademie für Verwaltung-Management GmbH
📞 Tel. 089 21 26 74 79-0
✉ tagungen@verwaltungs-management.de
🌐 verwaltungs-management.de

Digitale Fachtagung: Compliance und Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung

15. Januar 2026, digital

Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie Praxiswissen für eine integre Verwaltung.

Die digitale Fachtagung vermittelt aktuelle Entwicklungen und bewährte Ansätze im Bereich Compliance. Neue rechtliche Vorgaben – etwa das Zweite Bayerische Modernisierungsgesetz und der EU-AI-Act – wirken sich unmittelbar auf die Gestaltung wirksamer Compliance-Strukturen in der öffentlichen Verwaltung aus.

Expertinnen und Experten zeigen praxisnahe Wege, wie Sie die Compliance in Ihrer Dienststelle stärken und Risiken gezielt vorbeugen können.

Preis
Tagungsgebühr 220,- € inkl. Unterlagen zum Download

Anmeldung
① Bayerische Akademie für Verwaltung-Management GmbH
📞 Tel. 089 21 26 74 79-0

✉ tagungen@verwaltungs-management.de
🌐 verwaltungs-management.de

Update für Personalrätinnen und Personalräte

20. Januar 2026 in Augsburg oder digital zugeschaltet

Um Sie frühzeitig mit wichtigen Informationen zu den Neuwahlen für Personalvertretungen in 2026 zu unterstützen, bietet die Bay. Akademie für Verwaltungs-Management GmbH das „Update für Personalrätinnen und Personalräte“ an.

Auf der Agenda stehen ein Überblick über aktuelle Rechtsprechung im Arbeits- und Tarifrecht, ein Ausblick auf Sicherheitsanforderungen bei Internet-Wahlen und Abstimmungen sowie die Frage, wo die rechtlichen Grenzen der Mitarbeiterüberwachung liegen.

Preis
Tagungsgebühr 220,- € inkl. Unterlagen zum Download zzgl. Verpflegungspauschale pro Person/Tag 52,- € zzgl. MwSt. (bei Präsenzteilnahme)

Referenten
—— Bernd Wittmann (Fachanwalt für Arbeitsrecht);
—— Prof. Dr. Melanie Volkamer (Leiterin der Forschungsgruppe SECUSO, Karlsruher Institut für Technologie);
—— Dr. Philipp Byers (Fachanwalt für Arbeitsrecht, Dentons Europe, München)

Anmeldung
① Bayerische Akademie für Verwaltung-Management GmbH
📞 Tel. 089 21 26 74 79-0
✉ tagungen@verwaltungs-management.de
🌐 verwaltungs-management.de

Digitale Fachtagung: Aktuelle Entwicklungen im Ausländerrecht

21. Januar 2026, digital

Bei der digitalen Fachtagung „Aktuelle Entwicklungen im Ausländerrecht“ informieren Expertinnen und Experten aus dem Bayerischen Innenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie dem Bundesverwaltungsgericht über die neuesten rechtlichen Änderungen und deren Umsetzung in der kommunalen Verwaltungspraxis.

Preis
Tagungsgebühr 220,- € inkl. Unterlagen zum Download

Anmeldung
① Bayerische Akademie für Verwaltung-Management GmbH
📞 Tel. 089 21 26 74 79-0
✉ tagungen@verwaltungs-management.de
🌐 verwaltungs-management.de





12. September – 24. Oktober 2025

Die einzelnen Ausgaben von „Brüssel Aktuell“ können im Mitgliederbereich des Internetauftritts des Bayerischen Gemeindetags abgerufen werden.

„Brüssel Aktuell“ ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel.

Europabüro der bayerischen Kommunen
Nicolas Lux, Marilena Leupold
Rue Guimard 1
1040 Bruxelles

☎ Tel. +32 2 5490700
☎ Fax +32 2 5122451

✉ info@ebbk.de
🌐 ebbk.de



Bildnachweis: ©f9photos – elements.envato.com



Brüssel Aktuell 16/2025
12. bis 26. September

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

- Vergaberecht: Ausschuss der Regionen veröffentlicht Bericht
- Beihilfe: Kommission genehmigt deutsche Beihilfen für erneuerbare Energien
- Binnenmarkt: Bericht des Parlaments zur Stärkung des Binnenmarkts
- Wirtschaft: Kommission veröffentlicht Agenda zur Zusammenarbeit mit Indien
- Wettbewerbsfähigkeit: Zwischenbilanz nach einem Jahr Draghi-Bericht

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

- Infrastrukturschutz: Kommission veröffentlicht neue Leitlinien
- Digitales: EU-Kommission öffnet Sondierung zum Digitalomnibus
- Wald: Erneute Verschiebung der Anti-Entwaldungsverordnung geplant

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

- Kohäsionspolitik: Rat und Parlament verabschieden Änderungen zur Halbzeit

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

- Migration I: Konsultation zur fünfjährigen Europäischen Migration- und Asylstrategie
- Migration II: Rückgang irregulärer Grenzübertritte
- Soziales: Rat und Parlament verabschieden Änderungen des ESF+ zur Halbzeit
- Beschäftigung: Kommission veröffentlicht Bericht zur Beschäftigung und sozialen Lage

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

- Ukraine: Kommission veröffentlicht Bericht zur Ukraine-Fazilität
- Strategische Vorausschau: Kommission legt Bericht 2025 vor

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

- Neues Europäisches Bauhaus I: Dritte Ausgabe des Festivals
- Neues Europäisches Bauhaus II: Kommission startet Konsultation
- Auszeichnung: Zwei Preise für innovativen Unterricht gehen nach Bayern

In eigener Sache

- Europabüro der baden-württembergischen Kommunen – neuer Leiter

Brüssel Aktuell 17/2025
26. September bis 10. Oktober

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

- Forschungs- und Technologieinfrastruktur: Kommission stellt neue Strategie vor
- Stabilität- und Wachstumpakt: Kommissionsempfehlung für Deutschland
- Vereinfachung: Rat beschließt Standpunkt zu Teilen des Omnibus IV-Pakets

Umwelt, Energie, Digitales und Mobilität

- Wasser: Einigung zum Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser
- Umwelt: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Zustand der Umwelt
- DSGVO: Konsultation zu Leitlinien zum Zusammenspiel von DSA und der DSGVO

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

- Regionalpolitik: Kommission reagiert auf Europäische Bürgerinitiative



Brüssel Aktuell 18/2025
10. bis 24. Oktober

Soziales, Migration, Bildung
und Kultur

- Wohnraum: Sonderausschuss des Parlaments legt Initiativbericht vor
- DAWI: Kommission startet Konsultation mit Fokus auf den Wohnraum
- Ukraine: Rat berät über Übergang aus dem vorübergehenden Schutz für Vertriebene
- Öffentliche Gesundheit: Stellungnahmen zu künftigem Plan der EU möglich

Institutionen, Grundsätzliches
und weitere EU-Themen

- Vertragsverletzungsverfahren: Deutschland muss Geldwäsche-richtlinie umsetzen

Fördermöglichkeiten
und Aufrufe

- Neues Europäisches Bauhaus: Auszeichnung geht an Vilsbiburg
- Grüne Hauptstadt Europas 2027: Stadt Heilbronn gewinnt europäischen Preis

In eigener Sache

- Veranstaltungshinweis I: Städtemission und DUT-Partnerschaft
- Veranstaltungshinweis II: „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen

Wettbewerb, Wirtschaft
und Finanzen

- Beihilferecht: Ergebnisse der Evaluierung zur Garantiemitteilung veröffentlicht
- Vergabe: Kommission veröffentlicht Bericht zur Evaluierung der Vergaberichtlinien

Umwelt, Energie, Digitales
und Mobilität

- Wald I: Parlament lehnt Vorschlag der Kommission zur Waldüberwachung ab
- Wald II: Kommission schlägt Änderung an der Entwaldungsverordnung vor
- Straßenverkehrssicherheit: Kommission veröffentlicht Statistiken zum Jahr 2024

Regionalpolitik, Städte
und ländliche Entwicklung

- Regionalpolitik: Berichte über die Europäische Woche der Städte und Regionen 2025
- Ausschuss der Regionen: Lage der Regionen und Städte 2025

Soziales, Migration, Bildung
und Kultur

- Gleichstellung: LGBTIQ+-Gleichstellungsstrategie 2026-2030 veröffentlicht

Institutionen, Grundsätzliches
und weitere EU-Themen

- Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2026
- Politische Werbung: Kommission stellt Leitlinien und Informationsportale vor

Fördermöglichkeiten
und Aufrufe

- Europäische Städteinitiative: Call für Erfahrungsaustausch
- EU-Bio-Preis: Auszeichnung für die Radis&Bona eG aus Regensburg

In eigener Sache

- Nachbericht: Veranstaltung „Kreatives Europa KULTUR“ für Kommunen
- Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Europa – Brüssel Kommunal – Die EU-Seiten



Wettbewerb, Wirtschaft
und Finanzen

Vergabe: Kommission veröffentlicht Bericht
zur Evaluierung der Vergaberichtlinien

Die EU-Kommission hat am 9. Oktober 2025 ihren Evaluierungsbericht (engl.) zu den aktuellen EU-Vergaberichtlinien veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Vergaberichtlinien von 2014 die Ziele Vereinfachung, Flexibilität und Rechtssicherheit nur teilweise erreicht haben. Die Kommission stellt fest, dass die Verfahren nach wie vor komplex und für öffentliche Auftraggeber, insbesondere auf kommunaler Ebene, mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden seien (S. 17). Unsicherheiten bestünden weiterhin bei der Anwendung der Ausnahmen für die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit sowie bei Inhouse-Vergaben (S. 60). Die Kommission betont, dass der Anteil grenzüberschreitender Beteiligungen an Vergabeverfahren gering (S. 29 ff.) und der Anteil von Ausschreibungen mit nur einem Bieter hoch sei (S. 24 ff.). Auftraggeber orientierten sich laut dem Bericht weiterhin überwiegend am niedrigsten Preis (S. 38), da Komplexität und mangelnde Fachkenntnisse häufig einer breiteren Anwendung von Qualitäts- oder Lebenszykluskriterien im Wege stünden. Positiv hervorgehoben werden Fortschritte bei Transparenz (S. 42), Aufsicht und Governance (S. 41); die erhoffte Vereinfachung sei jedoch ausgeblieben. Im Hinblick auf die anstehende Überarbeitung der Richtlinien empfiehlt der Bericht, die Regeln künftig klarer, kohärenter und verhältnismäßiger bzw. flexibler zu gestalten (S. 67). Während einige Schlussfolgerungen des Berichts aus kommunaler Sicht zu begrüßen sind, konzentriert sich dieser gleichwohl ebenso auf die Nutzung des öffentlichen Auftragswesens für übergeordnete politische Prioritäten und Ziele. Diese Evaluierung bildet hiermit die Wissensgrundlage zur Erarbeitung der angekündigten Vergaberechtsreform. Aus kommunaler Sicht bleibt entscheidend, dass die für das zweite Quartal 2026 angekündigte Überarbeitung der bestehenden EU-Vergaberichtlinien zu einer spürbaren administrativen Entlastung führt und die Handlungsspielräume der Kommunen stärkt. (JM)

Umwelt, Energie, Digitales
und Mobilität

1. Umwelt: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zum Zustand der Umwelt

Am 9. Oktober 2025 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren Bericht (engl.) zum Zustand der Umwelt in Europa 2025 veröffentlicht. Darin wird der allgemeine Umweltzustand in Europa als kritisch bewertet. Trotz Fortschritten bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen und Luftverschmutzung bleibe der Verlust der biologischen Vielfalt besorgniserregend. Der Bericht weist zudem auf zunehmenden Wasserstress und die Folgen des Klimawandels hin, der Europa als sich am schnellsten erwärmenden Kontinent besonders stark treffe. Nach Einschätzung der Kommission müsse die EU ihre Klima- und Umwelanstrengungen verstärken, um die vereinbarten Ziele, insbesondere beim Biodiversitätsschutz, bis 2030 zu erreichen. Die EUA betont die Notwendigkeit eines transformativen Wandels hin zu nachhaltiger Produktion, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz. Die EU habe zwar ihre Emissionen deutlich gesenkt und den Anteil erneuerbarer Energien ausgebaut, jedoch blieben erhebliche Defizite, etwa beim Schutz von Ökosystemen. Für Deutschland verzeichnet der Bericht Fortschritte bei Emissionsminderung und Luftqualität, zugleich aber Herausforderungen im Landnutzungs- und Wassersektor. Der EUA-Bericht erscheint alle fünf Jahre und basiert auf Daten aus 38 Ländern. (JM)



2. Wald II: Kommission schlägt Änderung an der Entwaldungsverordnung vor

Am 21. Oktober 2025 hat die EU-Kommission eine Änderung der Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, 2023/1115/EU) vorgeschlagen, nachdem Medienberichten zufolge bis zuletzt innerhalb des Kollegiums der Kommissare über einen neuen Kompromiss verhandelt wurde. Anders als von Umweltkommissarin Roswall noch vor Kurzem in Aussicht gestellt, schlägt die Kommission nun keine erneute zeitliche Verschiebung des Anwendungsbeginns der EUDR um ein weiteres Jahr

Erklärung zur Sorgfaltspflicht in Sachen Entwaldung abgeben. Darüber hinaus soll die in der EU ansässige Land- und Forstwirtschaft von verringerten Berichtspflichten profitieren, solange ein Betrieb ein Klein- oder Kleinstunternehmen ist, in einem Land mit niedrigem Entwaldungsrisiko produziert und seine Produkte auf dem EU-Markt vertrieben werden. Nicht einführen möchte die Kommission hingegen eine neue Null-Risiko-Kategorie für Erzeugerländer. Damit ging sie nicht auf eine der



vor (Brüssel Aktuell 16/2025). Stattdessen sollen die Bestimmungen der Verordnung nur für Klein- und Kleinstunternehmen mit einjähriger Verzögerung erst Ende 2026 in Kraft treten. Für große Unternehmen bleibt es beim Anwendungsbeginn ab 30. Dezember 2025. Ferner schlägt die Kommission einige Erleichterungen in den Dokumentations- und Berichtspflichten vor: So müssen nur noch diejenigen Unternehmen, die ein Produkt erstmals auf den europäischen Markt bringen, eine

Hauptforderungen vonseiten mehrerer Mitgliedstaaten und der EVP-Fraktion im EU-Parlament ein. Damit die Änderungen an der EUDR rechtzeitig vor Ende des Jahres in Kraft treten können, müssen sich das Parlament und der Rat in raschen Verhandlungen auf eine gemeinsame Fassung einigen. Kritik an dem Vorschlag kam u. a. vom Bundeslandwirtschaftsminister. (NL)

Bildnachweis: ©francescogura – elements.envato.com

Soziales, Migration, Bildung und Kultur

Wohnraum: Sonderausschuss des Parlaments legt Initiativbericht vor

Am 15. September 2025 hat der Sonderausschuss zur Wohnraumkrise (HOUS) des EU-Parlaments den Entwurf eines Initiativberichts zur Wohnraumkrise in der EU vorgelegt. Ziel des Berichts ist es, Lösungsansätze für angemessenen, nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum vorzuschlagen und die EU-Kommission zur Vorlage konkreter Gesetzesvorschläge aufzufordern. Der Bericht benennt die Wohnraumkrise als zentrale soziale Herausforderung Europas und macht als Hauptursache das begrenzte Angebot an privatem und öffentlichem Wohnraum aus, das auf unzureichenden Bau und fehlende Investitionen in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen sei. Er nennt bürokratische Hürden, hohe Baukosten, Fachkräftemangel, übermäßige Steuerbelastung und eingeschränkten Zugang zu Baukrediten als zentrale Hindernisse. Zur Lösung fordert er eine stärkere Koordinierung zwischen EU, Mitgliedstaaten und lokalen sowie regionalen Gebietskörperschaften, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu bekämpfen. Gefordert wird unter anderem die Vereinfachung von Bau- und Genehmigungsverfahren, die Freisetzung öffentlicher und privater Investitionen, eine gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte sowie die direkte Zugänglichkeit von EU-Fördermitteln für lokale Behörden. Zudem fordert das Parlament in seinem Bericht die Kommission dazu auf, zu prüfen, inwieweit EU-Rechtsvorschriften das Wohnungsangebot behindern. Grundsätzlich deckt sich die Diagnose des Parlaments mit der des Positionspapiers der kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg von Juli 2025, allerdings setzen beide unterschiedliche Akzente. Zwar betont der Bericht die Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes und die entscheidende Rolle der lokalen und regionalen Behörden bei der Ermittlung des Bedarfs und der Entwicklung maßgeschneiderter Maßnahmen für lokale Herausforderungen, zielt aber auf europaweite Strategien ab, während sich die kommunalen Spitzen- und Landesverbände deutlicher für kommunale Handlungsspielräume und Gestaltungsfreiheit aussprechen. (Pr/NM)

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2026

Am 21. Oktober 2025 veröffentlichte die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm (engl.) 2026 inklusive Annexe (engl.) unter dem Titel „Europas Unabhängigkeitsmoment“. Es enthält 38 neue politische Initiativen, 20 Evaluierungen und Eignungsprüfungen, 25 zurückgezogene Vorschläge, eine Überprüfung bestehender Gesetzgebung sowie 111 anhängige Vorschläge.
Europas Unabhängigkeit sichern in schwierigen Zeiten
Seit Amtsbeginn der Kommission Von der Leyen II stehe die EU vor einer der unsichersten globalen Lagen seit Jahrzehnten. Bedrohungen für Sicherheit, Demokratie, Wirtschaft und Industrie, etwa durch wirtschaftliche Erpressungsversuche oder Russlands anhaltenden Angriffskrieg gegen die Ukraine, prägen die aktuelle Krise. Gleichzeitig bröckelt die internationale Ordnung, auf der der Wohlstand und Sicherheit der EU lange basierten. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Kommission, ihre Prioritäten auf ein einziges, entschlossenes und handlungsfähiges Europa zu lenken und hierbei weiterhin eine Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Ziel zu haben.





Relevante Vorschläge für die Kommunen

Im Zentrum des Arbeitsprogrammes steht das Ziel, EU-Recht einfacher und leichter umsetzbar zu gestalten, um sowohl die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern als auch den Binnenmarkt zu fördern. Vor diesem Hintergrund sieht die Kommission u. a. weitere Omnibus-Pakete zur Vereinfachung vor, etwa im Bereich der Steuern sowie der Vorschriften zum Ökodesign. Zudem soll die Eigenständigkeit der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung mit diversen Initiativen, u. a. zur Beschaffung von Verteidigungs- und sensiblen Sicherheitsgütern, gefördert werden.

Aus kommunaler Sicht von Bedeutung sind insbesondere der Rechtsakt über das öffentliche Beschaffungswesen („Public Procurement Act“), das für das zweite Quartal 2026 vorgesehen ist, sowie das Gesetz über die Kreislaufwirtschaft („Circular Economy Act“) im dritten Quartal. Hierdurch sollen zum einen Investitionen in Europa, zum anderen die Nachfrage nach und das Angebot an nachhaltigen Produkten gefördert sowie gleichsam die Abhängigkeit von kritischen Ressourcen verringert werden. Außerdem betont die Kommission, die Umsetzung der Wasserresilienzstrategie mit einem digitalen Aktionsplan („Digital Action Plan“) und einer Wasserresilienzplattform vorantreiben zu wollen.

Ebenso ist für das erste Quartal neben einem nicht-legislativen Aktionsplan zur Elektrifizierung – einschließlich Heizung und Kühlung – ein Gesetz zur Stärkung der Energiesicherheit vorgesehen. Neben dem Europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum (nicht-legislativ) sollen weitere Maßnahmen der Wohnraumkrise entgegenwirken, wie eine neue (legislative und nicht-legislative) Initiative zur Kurzzeitvermietung (zweites Quartal) und ein Bauleistungsgesetz (viertes Quartal). Darüber hinaus plant die Kommission für das vierte Quartal 2024 eine Überarbeitung der nationalen Ziele und Flexibilitäten im Rahmen der EU-Klimapolitik.

Kommunale Bewertung

Das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2026 enthält mehrere zeitliche Spezifizierungen zu bereits vorher angekündigten Maßnahmen, die teils legislativer und teils nicht-legislativer Natur sind. Dementsprechend kommt das Programm ohne große Überraschungen aus. Weiterhin wichtig bleibt aus kommunaler Sicht, die Entwicklungen im Bereich Wasser (Positionierung der Bürogemeinschaft), im Bereich der Kreislaufwirtschaft (Positionierung), im Bereich der Wohnraumpolitik in Europa (Positionierung) und bei der öffentlichen Auftragsvergabe (Positionierungen BY und BW) im Blick zu behalten. Ferner werden im nächsten Jahr weitere relevante Vorgänge auf gesetzgeberischer Ebene vorangetrieben und eventuell auch abgeschlossen, die bereits in diesem Jahr vorgeschlagen wurden.

Dazu gehören die Gesetze zur Ergänzung des Migrations- und Asylpakets der EU (z. B. zur Einführung eines Europäischen Rückkehrsystems) und der künftige Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034 (Positionierung).

Offen hingegen bleibt, ob es zu einem dezidierten Omnibusverfahren zur Umweltgesetzgebung kommen wird, wie er von der Kommission unlängst in der EU-Binnenmarktstrategie (Brüssel Aktuell 11/2025) ohne Zeitangabe angekündigt wurde. In der Vergangenheit kam es jedoch regelmäßig zu neuen Gesetzesinitiativen der Kommission, die sie in ihrem Arbeitsprogramm vorher nicht angekündigt hatte. (Pr/JM)



Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Neues Europäisches Bauhaus: Auszeichnung geht an Vilsbiburg



Am 30. September 2025 wurden im Rahmen der zweiten Ausgabe der Veranstaltung „Neues Europäisches Bauhaus (NEB) in Regionen und Städten“ in Brüssel die Gewinner (engl.) der Preise in der Kategorie „Boost for Small Municipalities“ bekannt gegeben.

Unter den 22 prämierten Initiativen befindet sich auch das Projekt (engl.) der bayerischen Stadt Vilsbiburg: „Heritage meets Sustainable Innovation“. Dieses zielt

darauf ab, das historische Stadtzentrum Vilsbiburgs in ein inklusives, grünes und kulturelles gesellschaftliches Zentrum zu verwandeln. Für die Schaffung multifunktionaler Räume werden nachhaltige Materialien, erneuerbare Energien und klimafreundliche Wassersysteme eingesetzt. So wurden beispielsweise eine historische Brauerei nachhaltig renoviert und neue barrierefreie Wege sowie Erholungsräume für Familien und Senioren geschaffen.

In der Planungsphase wurde, dem Grundsatz des NEB entsprechend, besonders Wert auf die Zusammenarbeit und den Austausch mit den Bürger:innen und verschiedensten regionalen, nationalen und europäischen Interessensvertretern gelegt. (Pr/LM)



Seminarangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen

Die Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags bietet u. a. untenstehende Veranstaltungen an, die sich speziell an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen richten.

Weiterführende Informationen entnehmen Sie bitte der jeweiligen Beschreibung auf unserer Homepage baygt-kommunal-gmbh.de/seminare/seminar-kalender. Dort können Sie sich online zu den jeweiligen Terminen anmelden. Im Anschluss an die Registrierung erhalten Sie eine Eingangsbestätigung. Ca. 5 Wochen vor Veranstaltungstermin erhalten Sie die Einladung zu der Veranstaltung per E-Mail.

Stornierungen sind schriftlich an kommunalwerkstatt@bay-gemeindetag.de zu richten. Bei einer Stornierung bis 2 Wochen (bei mehrtägigen Veranstaltungen bis 4 Wochen) vor Veranstaltungsbeginn werden 20% der Teilnahmegebühr als Bearbeitungspauschale in Rechnung

gestellt. Bei Abmeldungen zu einem späteren Zeitpunkt wird die gesamte Teilnahmegebühr fällig. Die Gründe für eine Abmeldung sind für diese Regelung unerheblich.

Änderungen im Programmablauf und bei den Referierenden müssen wir uns leider vorbehalten. Sollte die Veranstaltung abgesagt werden müssen, erhalten Sie selbstverständlich die Teilnahmegebühr zurück. Unsere vollständigen AGB siehe Infokasten.

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserem Programm und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung: **Tel. 089/36 00 09-32**, kommunalwerkstatt@bay-gemeindetag.de

Bei inhaltlichen Fragen zu den Veranstaltungen wenden Sie sich bitte direkt an das jeweilige Referat im Bayerischen Gemeindetag.

Allgemeine Informationen

für eintägige Seminare – sofern nicht anders angegeben

Seminarzeiten

Beginn: 9:30 Uhr
Ende: 16:30 Uhr

Seminargebühren

Die Seminargebühr beinhaltet die Seminarunterlagen sowie das Mittagessen, zwei Kaffeepausen und die Tagungsgetränke.

245 € inkl. MwSt. für Mitglieder
370 € inkl. MwSt. für alle Übrigen

AGB

baygt-kommunalgmbh.de/agbteilnahmebedingungen



Bildnachweis: ©nd3000 – elements.envato.com



Aktuelles zum Ganzttag – Grundlagen und Umsetzung des Ganztagesbetreuungsanspruchs für Grundschulkinder (MA 2623)

20. Januar 2026

— **Ort:** Novotel München Messe, Willy-Brandt-Platz 1, 81829 München

— **Referent(en):** Michael Reißmann, Ministerialdirigent, Abteilungsleiter Abt. III Strategie und Planung, pädagogische Grundsatzfragen – StMUK Fiona Wagner Woodier, Oberverwaltungsrätin, Referentin für Soziales und Bildung - Bayerischer Gemeindetag

In diesem Seminar erfolgt eine Einführung in die Grundlagen des Ganztagesbetreuungsanspruchs für Grundschulkinder und Darstellung der aktuellen Entwicklungen.

Dabei stehen die verschiedenen Modelle zur ganztägigen Betreuung, die Ferienbetreuung, die Fördermöglichkeiten und Finanzierung im Fokus.

Das Seminar richtet sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleiter sowie die mit dem Ganztagesausbau befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben der Information zu aktuellen Entwicklungen aus erster Hand gibt es Gelegenheit, Fragen bzw. Anregungen an die Referierenden zu richten und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen.

KWBG – Antworten auf Fragen zu berufsmäßigen und ehrenamtlichen Bürgermeister*innen (MA 2625)

22. Januar 2026

— **Ort:** Novotel München Messe, Willy-Brandt-Platz 1, 81829 München

Dieses Seminar wird ebenfalls am 10.11.2026. in Nürnberg angeboten.

Vergaberecht: Ausschreibungen durchführen mit Formularen des Vergabehandbuchs für Bauleistungen (VHB Bayern) (MA 2615)

5. Februar 2026

— **Ort:** Eden Hotel Wolff, Arnulfstraße 4, 80335 München

— **Referent(en):** Gisela Karl, Baudirektorin – Regierung von Oberbayern Irene Stadler, Baurätin – Regierung von Oberbayern Kerstin Stuber, Direktorin – Bayerischer Gemeindetag

Seminarbeschreibung

Das in der Bayerischen Staatsbauverwaltung eingeführte Handbuch für die Vergabe und Durchführung von Bauleistungen durch Behörden des Freistaates Bayern - VHB Bayern - wird den Kommunen durch Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration zur Anwendung empfohlen.



Das Bebauungsplanverfahren (Bauleitplanung Modul 1) (MA 2616)

12. Februar 2026

— **Ort:** Park Inn by Radisson,
Nürnberger Straße 4, 92318 Neumarkt

— **Referent(en):** Matthias Simon, LL.M., Direktor -
Bayerischer Gemeindetag
Dr. Gerhard Spieß, Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Verwaltungsrecht, München

Seminarbeschreibung

Mit jeder Änderung des BauGB und der BauNVO wird das Bebauungsplanverfahren komplexer. Überdies ist die Rechtsprechung fast unübersehbar. Die strenge gerichtliche Prüfung führt für unsere städtischen und gemeindlichen Bauämter regelmäßig zu weiteren Hürden und Herausforderungen für ihre tägliche Arbeit.

Aus diesem Grund sind unsere vier Tagesseminare zum Thema Bauleitplanung so aufeinander abgestimmt, dass sie ein aufbauendes Modulkonzept ergeben.

Jedes Modul arbeitet hierbei an einem Schwerpunktthema der Bauleitplanung und kann selbstverständlich als einzelnes Seminar besucht werden. Wer sich jedoch den vollständigen Themenkreis der Bauleitplanung zusammenhängend erarbeiten will, hat die Gelegenheit, sich mit einem über zwei Semester in vier Seminaren laufenden und abgestimmten Seminarzyklus auf aktuellen Stand zu bringen.

In diesem Tagesseminar wird das gesamte Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans behandelt; vom Aufstellungsbeschluss bis zur Bekanntmachung. Besondere Verfahren (einfacher Bebauungsplan, Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. §13a und auch der vorhabenbezogene Bebauungsplan) werden ebenfalls dargestellt. Einen großen Teil des Seminars nehmen auch die Neuerungen zum Thema Digitalisierung des Bauleitplanverfahrens ein. Muster für die Bekanntmachungen und Verfahrensvermerke sollen Ihnen zudem die Arbeit erleichtern.

Die standardisierten Formblätter und Richtlinien des VHB Bayern stellen einen hilfreichen Leitfaden für die Durchführung von Ausschreibungen dar. Es sind jedoch auch kommunale Besonderheiten zu beachten.

Mit diesem Seminarangebot wenden wir uns an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen, die sich mit Ausschreibungen von Bauleistungen befassen.

Sie sollen mit den bearbeitbaren Formularen und den zugehörigen Richtlinien des VHB Bayern vertraut gemacht werden, damit Fehler in der Zusammenstellung der Vergabeunterlagen möglichst vermieden werden können. Der Schwerpunkt des Seminars liegt auf Vergaben im sogenannten Unterschwellenbereich.

Seminarinhalte

- Einführung in die allgemeinen rechtlichen Grundlagen für die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich
- Das VHB Bayern: Anwendungsbereich, Fortschreibung, Änderungen, Newsletter, Systematik und Gliederung
- Zusammenstellung der Vergabeunterlagen und Vermeiden von typischen Fehlern
- Prüfung und Wertung der Angebote bis Zuschlagsentscheidung Vergabedokumentation

Pflichtlektüre



5.11.2025

FÜR DIE RATHAUSSPITZE

**SCHNELL
INFO**

24 – 11/2025

Verbesserte Förderung Richtlinie Ganztagesausbau angekündigt

Es sind folgende Anpassungen angekündigt:

1. Erweiterung Ausstattungsförderung

Die Förderung von Ausstattungsinvestitionen erfolgt aktuell nur für zusätzliche Plätze, die ab dem 12. Oktober 2021 neu geschaffen wurden. Nun erfolgt eine umfassende Erweiterung. Künftig werden Ausstattungsinvestitionen für alle Plätze förderfähig. Die Förderhöhe beträgt weiter bis zu 1.500 Euro pro Platz und erfolgt in Höhe von bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

2. Aufnahme der Grundstücksförderung als Fördergegenstand

Der Erwerb von Grundstücken ist im vorliegenden Förderprogramm bislang nicht Fördergegenstand. Er wird nun zusätzlich ins Programm aufgenommen.

3. Einführung einer „Booster-Förderung“

Für Antragssteller gibt es in Zukunft zwei alternative Möglichkeiten zur Förderung ihres Vorhabens:

- Art. 10 BayFAG bzw. BaySchFG Förderung plus Platzpauschale i.H.v. 6.000 Euro oder
- „Booster“ Förderung in Form von 70 Prozent Anteilfinanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben über das Landesförderprogramm (Bundesmittel)

StMAS und StMUK arbeiten derzeit an der Anpassung der [Förderrichtlinie](#) zu der insbesondere das Einvernehmen des Bundes erforderlich ist. **Ein Inkrafttreten der neuen Förderrichtlinie soll idealerweise noch 2025 erfolgen.**

Ebenfalls befindet sich eine Änderung der Richtlinie in Bezug auf die zweijährige Verlängerung der Umsetzungsfristen in Arbeit.

Sobald wir hierzu Näheres wissen, werden wir Sie informieren. Fragen richten Sie bitte an die für Sie zuständige Regierung. Kontaktadressen und weitere Informationen finden Sie unter [Förderung von Investitionen | Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales](#).

VERANTWORTLICH
FÜR DEN INHALT

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Hans-Peter Mayer
Redaktion: Matthias Simon



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Mit den digitalen Kkehrbuchdaten machen wirs einfacher und effizienter"

31. Oktober 2025

MÜNCHEN Bayern geht einen bedeutenden Schritt in Richtung Bürokratieabbau und Digitalisierung im öffentlichen Bereich. Ab sofort werden die Kkehrbuchdaten des Landes zentral durch das Landesamt für Statistik (LfStat) erhoben, aufbereitet und auf einem innovativen Baublockmodell des Ökoenergie-Institut Bayern (ÖIB) an die bayerischen Kommunen ausgegeben. Dieses neue Verfahren bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung. Die strukturierte und geprüfte Datenbereitstellung ermöglicht eine bessere Grundlage für die Planung und Umsetzung der Energiekonzepte auf kommunaler Ebene. Kommunen müssen die Kkehrbuchdaten nicht mehr, wie in anderen Bundesländern, einzeln bei den Bezirksschornsteinfegern anfordern, sondern erhalten alle relevanten Informationen zentral und effizient aus einer Hand.

„Mit dieser Initiative stärkt Bayern seine Position als Vorreiter bei der Digitalisierung und beim Bürokratieabbau“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. „Mit der Digitalisierung der Kkehrbuchdaten machen wir die Arbeit für unsere Gemeinden einfacher und effizienter. Sie erhalten die Daten zentral, können ihre Wärmeplanung besser vorbereiten und sparen dabei Zeit und Ressourcen. Am Ende profitieren auch die Bürger davon. Während in anderen Bundesländern die Daten noch manuell und dezentral erfasst werden, setzt Bayern auf eine moderne, digitale Lösung, die den Anforderungen der Zukunft gerecht wird.“

Das sogenannte Baublockmodell macht es leichter, die Daten datenschutzkonform in Verwaltungsprozesse einzubinden. "Gleichzeitig stellen wir weitere Daten bereit, zum Beispiel zu Wärmenetzen, Heizwerken, Solarthermie, Biomasse, tiefer Geothermie und Abwärme", so der Minister weiter.

Hintergrund:

Das Wärmeplanungsgesetz (WPG) ist in Deutschland zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten und enthält eine Pflicht zur Wärmeplanung für alle Kommunen. Während

stmwi.bayern.de | 1

Bildnachweis: © Landes-Jugendjazzorchester Bayern



Kommunen über 100.000 Einwohner bis zum 30. Juni 2026 eine solche Wärmeplanung vorlegen müssen, läuft die Frist für kleinere Kommunen bis zum 30. Juni 2028. Als Unterstützung für die bayerischen Gemeinden wurde im Rahmen des Projektes des Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi), dem LfStat und dem ÖIB im Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) eine „Securebox Wärmeplanung“ eingerichtet. Die Securebox ist eine Cloud-Lösung und ermöglicht den sicheren Datenaustausch verbunden mit einer einfachen Handhabung. Auf dieser Plattform werden Datenpakete sowie Dokumente zur Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung durch das LfStat bereitgestellt. Sie sind auf diesem Wege direkt für die Gemeinden nutzbar.

Kkehrbuchdaten sind Aufzeichnungen des Schornsteinfegers über seine Tätigkeiten in einem bestimmten Gebiet. Sie geben Aufschluss über jeweilige Heizanlage vor Ort.

Ansprechpartnerin:
Franziska Wachtveitl
Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 452/25

Impressum

Herausgeber & Verlag

Bayerischer Gemeindetag
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Direktor Hans-Peter Mayer

Verantwortlich für Redaktion & Konzeption

Bayerischer Gemeindetag
Matthias Simon; Pressesprecher
und Leitung der Öffentlichkeitsarbeit
① Bayerischer Gemeindetag
📍 Dreschstraße 8, 80805 München
☎ Tel. 089 360009-14
@ baygt@bay-gemeindetag.de

Mitarbeit Redaktion & Anzeigenverwaltung

① Bayerischer Gemeindetag
👤 Katrin Zimmermann
☎ Tel. 089 360009-43

Beratung und Schlussredaktion

👤 Jörg Steinleitner

Kreation & Umsetzung

① Benkler & Benkler GmbH, Werbeagentur
📍 84032 Altdorf bei Landshut
🌐 benkler.com

Druck, Herstellung, Versand

① Druckerei Schmerbeck GmbH
📍 Gutenbergstraße 12, 84184 Tiefenbach
PAPIER enviro® polar 150 g/qm + 90 g/qm
Gedruckt auf zertifiziertem Premium-
Recyclingpapier aus 100 % Recyclingfasern:
Nachhaltig, sozial gerecht, ökologisch sinnvoll.

Bildnachweise

– Titelbild: ©BayGT
– Bilder ohne Kennzeichnung: ©BayGT

Erscheinungsweise

Die Erscheinungsweise ist monatlich.
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft beim
Bayerischen Gemeindetag enthalten.

Online abrufbar unter

bay-gemeindetag.de/verbandszeitschrift



Anzeige

Die Zukunft hat längst begonnen. Vernetzung ist alles.

Folgen Sie dem
Bayerischen Gemeindetag
auf LinkedIn®



@benkler.com · 2025